

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habříkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— SK, für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die Rede eines Bieder- mannes.

Als Einleitung zu den Verhandlungen über das Budget hat der Ministerpräsident Dr. Beneš eine Rede gehalten, die vorwiegend der Betrachtung der äußeren Politik der Tschechoslowakei gewidmet war und wohl auch dem Zwecke diente, die Stimmung der Mehrheit zu heben und ihren Appetit zur Annahme des Budgets zu erhöhen. Vor allem hatte aber Dr. Beneš wohl die Absicht, zum Fenster des Staates hinaus zu sprechen, damit das Ausland wieder einmal in Ehrfurcht und Bewunderung über die profunde Weisheit und ausbündige Gerechtigkeit, mit der dieser Staat regiert wird, erschauere. Es steht tatsächlich zu befürchten, daß ein naiver Ausländer, der diese Rede liest, sofort seine Koffer packen und in die Tschechoslowakei reisen wird, um teilzunehmen an den Glückseligkeiten dieses Staates, dessen Geschichte, gleich Solon und Pythagoras, weise Staatsmänner leiten, in dem, wie er vermuten muß, ein neues perilleisches Zeitalter hereingebrochen ist und wo die Gerechtigkeit in Strömen fließt. Herr Dr. Beneš hat im Schönfärben schon manchen Rekord erzielt, aber in dieser Rede, die von Biederfimmel wie ein Schwamm vollgesogen ist, hat er sich wahrlich selbst übertrifft. Die Deffentlichkeit des Auslandes wird nun überzeugt sein, daß diese Regierung kein anderes Streben kennt, als in der Tschechoslowakei den Angelpunkt für den Frieden der Welt zu schaffen, daß sie Tag und Nacht angestrengt für das Wohl aller den Staat bewohnenden Nationen sorgt und daß die in der Diplomatie so lange grausam verfehlmte Biederkeit nun endlich bei uns eine würdige Heimstätte gefunden hat.

Die Rede Dr. Benešs ist auf den Ton der innigsten Zufriedenheit abgestimmt. Er ist mit den Zuständen im Staate zufrieden, mit der Gestaltung der Dinge im Ausland, mit der Haltung der Entente und vor allem mit sich selbst. Er beschränkt sich nicht darauf, über sein Wirken als Außenminister zu berichten und es zu rechtfertigen, sondern er spendet sich dafür auch Lob in reichem Maße. Wie wohl in diesem kalten Klima Vorbeeren kaum gedeihen, widmet Dr. Beneš sich und seiner Politik eine Fülle dieses Ruhmeslaubes, daß man fast von Verschwendung sprechen könnte. Man muß schon die Frage stellen, ob der Herr Ministerpräsident wirklich daran glaubt, auch hierzulande für die der Politik des Staates und dessen inneren wie äußeren Lage so reichlich zugehenden Lobspprüche Gläubige zu finden.

Mit salbungsvollem Augenaufschlag beteuert Dr. Beneš: „Wir schließen keine Geheimverträge und treiben keine Geheimpolitik! Wir unternehmen nichts ohne Wissen der Nationalversammlung!“ Erinnert sich Dr. Beneš nicht des berühmten Memoires III? War das keine Geheimdiplomatie? Weiters der Vertrag mit Polen, der bis nun im Wortlaute nicht bekannt ist? Fällt er die Nichtveröffentlichung dieses Vertrages für den Anbruch einer neuen Ära der Diplomatie? Und erst der Inhalt seiner Reden, die wie Kaufschut anmuten und aus denen man meist alles und nichts herauslesen kann! Ist sein eifriges Bestreben, sich in die Kunst einzuleben, mit Worten zu streiten, mit Worten nichts zu sagen und mit Worten Absichten und Tatsachen zu verschleiern, nicht Geheimdiplomatie der ältesten Schule? Und weiß er nicht, oder will er es nicht wissen, daß Geheimdiplomatie nicht nur in dem bestehen muß, was und wie man etwas sagt, sondern

auch darin, was man verschweigt? Und doch zeigt Dr. Beneš ein beachtenswertes Talent für die Kunst, an den Dingen vorüberzureden und sie nicht sehen zu wollen! Angesichts des Umstandes, daß das Parlament vor die vollendete Tatsache der Mobilisierung gestellt wurde, ist das Pathos, mit dem er beteuert, nichts ohne Wissen der Nationalversammlung zu tun, immerhin eine erstaunliche Leistung.

Aber so vorsichtig Herr Dr. Beneš seine Worte abwägt und aussucht, so hat er es doch nicht gelernt, Widersprüche auszuweichen. Die „von verschiedener Seite“ gemachte Einwendung, daß die Kleine Entente auch ohne Mobilisierung in der ungarischen Frage alles erreicht hätte, weist er zurück, gleichzeitig beteuert er aber auch, daß die Kleine Entente in vollem Einklang mit der Großen Entente vorgegangen sei und er sagt: „Es ist auch notwendig, die große Hilfe hervorzuheben, welche uns seitens unserer großen Verbündeten zuteil wurde.“ Da dies alles ist, was Dr. Beneš der großen Entente an Lob zu spenden weiß, so wird man danach das Maß der angewendeten „großen Hilfe“ einigermaßen abzuschätzen vermögen. Tatsächlich wird jeder, der scharfsichtig ist, in der Rede ein wohlabgetöntes Grollen der Unzufriedenheit über die Haltung der „großen Verbündeten“ herauszuhören vermögen. Der Ministerpräsident weiß auch diesen Tadel vorsichtig in Watte zu hüllen. So sagt er an einer Stelle, daß „die Verbündeten anfangs nicht gut informiert waren“. In einer anderen Stelle: „Dadurch entstanden am Anfang gewisse Verschiedenheiten der Ansichten zwischen den Mitgliedern der Kleinen Entente auf der einen und den Mächten der Verbündeten auf der anderen Seite.“ Noch schärfer wird Dr. Beneš in folgenden Sätzen: „Es hat nicht viel gefehlt und Europa hätte nicht einmal jetzt die Tragweite dieses Versuches (gemeint ist der Karl-Rutsch) begriffen... Vielleicht wird auch dies eine Belehrung für Europa bedeuten... Man sehe statt „Europa“ die Worte „Große Entente“ und man hat das Verständnis, daß Dr. Beneš als geschworener Feind der Geheimdiplomatie so ängstlich behütet und dessen Inhalt man längst weiß, daß die Große Entente in der ungarischen Frage sich lange Zeit im scharfen Gegensatz zur Kleinen Entente befand und daß erst nach der Mobilisierung ein Umschwung der Meinungen der „großen Verbündeten“ eintrat. Wären sie von allem Anfang an auf Seite der Kleinen Entente gestanden, so hätte es wahrhaftig nicht der Mobilisierung bedurft, um Horthy zum Nachgeben zu bewegen und es wäre dann gewiß der Rutschversuch überhaupt unterblieben. Worte vermögen viel, aber die Wahrheit können sie doch nicht aus der Welt schaffen. Recht unfreiwillig macht die Rede des Ministerpräsidenten dieses Eingeständnis.

Wie sich Dr. Beneš um klare Tatbestände herumzubriden weiß, erweist auch jener Teil seiner Rede, der von dem Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland spricht. Er sehe keinen Grund, nicht „einige klare Worte“ darüber zu sagen. Nun die „klaren Worte“! Es ist allerdings unendlich „klar“, wenn er sagt, Deutschland sei „unser größter Nachbar“, aber die Konstatierung dieser schon einigermaßen bekannten Tatsache besagt ebensowenig, wie es Worte tun, als da sind: „unser Verhältnis zu Deutschland ist „offen“ und „unzweideutig“, „anständig“, „vernünftig“, „freundschaftlich“, „korrekt“ und „loyal“. Bisher sah man nicht eine Tat, die dieser ge-

häuftem Wortfülle auch nur einigermaßen Rechnung je getragen hätte. Die Haltung Benešs in der Frage der Teilung Oberschlesiens ist vielleicht das traurigste, aber nicht das einzige Kapitel aus der Geschichte der Handlungen, die uns die Entfremdung Deutschlands zuzogen.

Herr Dr. Beneš sieht alles in rosarotem Lichte: die Gegenwart und die Zukunft des

Staates, die inneren und äußeren Verhältnisse, das Verhältnis der Nationen zueinander. Das Ausleben seiner sanguinischen Natur wäre ihm als Privatmann neidlos zu gönnen. Von dem verantwortlichen Ministerpräsidenten und Außenminister kann gefordert werden, daß er die Dinge sieht, wie sie sind.

Die Rede des Ministerpräsidenten.

Der Karl-Rutsch.

Seute, wo nach der Krise wieder normale Zeiten eintreten, erachte ich es für meine Pflicht, dem hohen Hause Bericht zu erstatten über den Charakter und die Entwicklung dieser Ereignisse, sowohl vom Standpunkte der inneren als auch der äußeren Politik aus. Es sei bereits hier konstatiert, daß wir unser Ziel erreicht haben.

Die tschechoslowakische Regierung wußte, daß sich König Karl zur Rückkehr nach Ungarn vorbereite. Sie war nicht nur genau über die gesamte karlistische Propaganda und Agitation im Auslande unterrichtet, sondern sie hatte auch Kenntnis von den vertraulichen Kundgebungen Karls selbst. Ich teilte einigemal der ungarischen Regierung mit, was folgen würde, falls Karl zurückkehrte; es werde eine internationale Krise ausbrechen, in welcher wir uns dafür einsetzen werden, daß Karl ausgeliefert und die Frage der Habsburger ein für allemal beendet werde. Ich bedauere, daß dessen ungeachtet in Ungarn eine zweideutige Politik getrieben wurde. Zwei Tage vor Ankunft Karls Habsburgs erklärte sich Ministerpräsident Graf Bethlen für einen Karlisten, welcher nur auf einen günstigen Moment wartet. Bis Karl auf den Thron zurückkehrt; General Segeš, der spätere Chef der Armeen Karls, war offizieller Vertreter der ungarischen Regierung bei der Kommission der Generäle in Ledenburg, Dr. Graf, nachmaliger Minister Karls, war offizieller Vertreter der ungarischen Regierung bei den Verhandlungen über das Burgenland, Graf Apponyi, welcher seine Absichten keinesfalls geheimhielt, war offizieller Vertreter beim Völkerbunde, er verhandelte mit Karl und bereitete seine Ankunft vor; es ist ebenfalls bekannt, daß die ungarische Regierung offiziell der schweizer Regierung mitteilte, daß sie Karl für ihren König ansehe — es folgte darauf mit ihm umgegangen werden. Ungeachtet dessen, daß die Völkervereinigung in der Angelegenheit der Habsburger bereits zweimal, im Vorjahre und neuer im Frühjahr, eine bindende Entscheidung traf und dieselbe der ungarischen Regierung mitteilte, trieb dieselbe diese Politik ausdrücklich gegen die Entscheidung der Verbündeten weiter.

Als sich die Vertreter der verbündeten Mächte zum erstenmale am Sonntag, den 22. Oktober mit dem Proteste der Verbündeten gegen die Ankunft Karls bei Admiral Horthy einstanden, erklärte er, daß den gekrönten König in Ungarn niemand antaste werden. Am nächsten Tage dagegen, als einer der Verbündeten-Gesandten abermals protestierte, ließ sich Admiral Horthy zum Auftreten gegen Karl bewegen, in erster Reihe auch infolge des Hinweises auf den Umstand, daß die Tschechoslowakei und Südslawien mobilisieren.

Als dann die ungarische Regierung, nachdem sie sich selber in Gefahr befand, genötigt war gegen Karl aufzutreten, versuchte sie der Welt ihre Loyalität zu beweisen und die weitere Aktion auf das Wegführen Karls aus Ungarn zu beschränken, ähnlich wie im April 1921. Sie versuchte auch zu beweisen, daß eine weitere Aktion unsererseits überflüssig ist und daß die Kleine Entente der Friedensstörer in Zentral-Europa sei.

Die Politik der Kleinen Entente begriff diese Situation, mußte auf den Charakter dieser Ereignisse hinweisen und die ganze Angelegenheit zu Ende führen. Die Vorgänge gaben uns Recht, denn auch die Verbündeten waren anfangs nicht

gut informiert und sahen nicht dieses bopyl's Spiel. Wie bekannt, beschränkte sich ihr erster Beschluß nur auf die Person Karls.

Die Verbündeten und die Kleine Entente.

Im Westen weiß man noch nicht genügend, daß die Rückkehr der Habsburger die Rückkehr eines für die befreiten Völker in Zentral-Europa nicht annehmbaren politischen Systems bedeute. Sie bedeutet daher einen neuen Kampf um Freiheit, Demokratie und staatliche Existenz dieser Völker. Dadurch entstanden am Anfang gewisse Verschiedenheiten der Ansichten zwischen den Mitgliedern der Kleinen Entente auf der einen und den Mächten der Verbündeten auf der anderen Seite. Bei den Verhandlungen mit der großen Entente erkannten die Verbündeten unsere Anschauung völlig an, und so kam es zu einem gegenseitigen und vollständigen Uebereinkommen über ein gemeinsames Vorgehen. Im Laufe des Samstags, d. i. am 20. Oktober, besaßte sich die Völkervereinigung mit dem Standpunkte der Staaten der Kleinen Entente und fällte die Entscheidung, welche mir von den Vertretern der verbündeten Großmächte in Prag Sonntag abends, den 30. Oktober überreicht wurde, und in welcher im Wesen folgendes mitgeteilt wurde:

„Was die Ausschließung aller Habsburger betrifft, ist die Völkervereinigung der Ansicht, daß sie mit Hinblick auf ihre Entscheidungen vom 4. Februar 1920 und vom 1. April 1921 berechtigt ist, dieselbe von der ungarischen Regierung zu verlangen.“

In der Note wird weiters angeführt, daß die Völkervereinigung, welcher die Pflicht obliegt, die Durchführung der Friedensverträge überhaupt zu überwachen, auch für die Durchführung des Friedens von Trianon sorgen werde, und daß die Verbündeten nur einen Vorteil darin erblickten, wenn die Staaten der Kleinen Entente die Möglichkeit haben werden, die Abklärung Ungarns betreffenden Arbeiten zu verfolgen und im Rahmen der Dispositionen des Friedens von Trianon an denselben teilzunehmen; endlich daß die Konferenz vorläufig keine rechtliche Basis für eine Entschädigung für unsere Mobilisierung fand.

Mit Rücksicht auf diese Antwort ersuchte dann die Völkervereinigung die Staaten der Kleinen Entente, von militärischen Maßnahmen abzusehen. Wie bekannt, wurde unsere Mobilisierung Sonntag, den 23. Oktober entschieden und begann gleich am nächsten Tage.

Aus der Note ist ersichtlich, daß die Konferenz in den hauptsächlichsten Fragen unseren Standpunkt anerkannte. Dessen ungeachtet war es notwendig in der Aktion fortzuführen, damit in Budapest keine Vorwände zu Verzögerungen gesucht würden.

Am 3. November wurde den Mitgliedern der Kleinen Entente eine neue Entscheidung der Völkervereinigung mitgeteilt, laut deren das Dehronisationsgesetz bis zum 8. November durchgeführt sein und Karl den Verbündeten ausgeliefert und abtransportiert werden sollte. Gleichzeitig wurde der ungarischen Regierung durch eine besondere Note vom 2. November diese definitive Entscheidung bekanntgegeben und betont, daß im Falle der Nichtbefolgung derselben die Völkervereinigung die Verantwortung für die Konsequenzen, welche dadurch für Ungarn entstehen würden, ablehne.

Das Ende der Habsburger.

Die ungarische Regierung begriff die Situation und entschloß sich, Folge zu leisten. Aber der Gesandtschaftsbesuch, welchen sie einreichte, war nicht ganz ungewöhnlich; es befiehl die Möglichkeit, daß eventuell später ein Habsburger zum König gewählt werden könnte. Wir machten die Botschafter-Konferenz auf diesen Umstand aufmerksam. Darauf wurde von der Botschafter-Konferenz der ungarischen Regierung eine entsprechende Note eingeschickt. Minister Banffy teilte darauf sofort den Vertretern der großen und der kleinen Entente in Budapest mit, daß sich Ungarn dem Befehle unterordnen werde. Die Verbündeten teilten dies der tschechoslowakischen und der Regierungen der kleinen Entente offiziell am 10. November in Form einer Note mit, welche uns vollst. befriedigt. Die Botschafter-Konferenz fandte dann nach Budapest eine Note, in welcher der Erhalt dieser Erklärung der ungarischen Regierung bestätigt wird.

Diese Note wurde uns am 10. November besonntgegeben. Die Entscheidung über unsere Demobilisierung gelangte an demselben Tage zur Durchführung. Es war der Schlusssatz unserer gegenüberstehenden Aktion.

Ich führe diese Note ausführlich an, um ein für allemal Klarheit zu schaffen. Die kleine Entente, vom Wunsch befeht, Konflikte, Bitterkeiten und Streitigkeiten zu vermeiden, verhandelte nicht mit Ungarn direkt, sondern mit den Großmächten als den Hütern der Friedensverträge und der Ordnung in Europa, damit niemand den Vorwurf machen könnte, daß wir die ungarische Regierung oder das ungarische Volk vergrawaltigen oder demütigen wollen. Ich fügte hinzu, daß weder wir, noch die kleine Entente der ungarischen Regierung direkt ein Ultimatum gaben.

So wurde endlich jene Dynastie beseitigt, welche einst einem Staate regierte, in welchem zur Zeit des ruhmwollen Spaniens die Sonne nie unterging, welche den 30jährigen Krieg führte und bereits einmal Europa mit Blut tränkte, und gegen welche sich bereits einigemal ein Großteil Europas erhob, um sich von ihr zu befreien. Endlich fand sie ihr Ende im Weltkriege vom Jahre 1914, an dem sie eine enorme Mitverantwortung trug. Und nicht genug davon, drei Jahre nach Friedensschluß wollte sie neuerdings auf die Szene der Geschichte treten. Es hat nicht viel gefehlt, und Europa hätte nicht einmal jetzt die Tragweite dieses Versuches begriffen. Es ist bezeichnend, daß in erster Reihe gerade jene Völker, welche einst die Habsburger als „ihre“ Völker bezeichneten, ihnen dieses übermäßig nicht ruhmvolle und definitive Ende bezeiteten. Vielleicht wird auch dies eine Belehrung für Europa bedeuten und speziell für jene, welche bis jetzt noch nicht begreifen konnten, daß das Problem der Habsburger nicht eine Personal- oder Dynastiefrage bedente und bedeute, sondern eine Frage des Friedens oder des Krieges in Europa.

Es handelte sich hier immer um ein ganzes politisches und soziales Regierungssystem, um das Wesen der Demokratie und um die Freiheit der Völker und Staaten.

Die Mobilisierung.

Die Lösung des ganzen Komplexes der Habsburgerfrage wird eine normalere Entwicklung der politischen Verhältnisse in Ungarn ermöglichen, wo vielleicht begriffen werden wird, wie fürchterliche Schläge diese Politik in Ungarn dem ungarischen Volke beibrachte. Uns wird dies die weitere Fortsetzung unserer Friedenspolitik und unseres Bestrebens um die Ausbildung jenes mitteleuropäischen Systems ermöglichen, welches gemeinschaftliche Arbeit und gegenseitiges friedliches Zusammenleben mit allen unseren Nachbarn bedeuten würde.

Ich schlicke hievon auch die Ungarn nicht an.

Eine gemeinsame Arbeit wurde bereits mit Oesterreich angeknüpft, und wird es hoffentlich gelegentlich der baldigen Zusammenkunft mit dem Herrn Kanzler von Oesterreich möglich werden, dieselbe noch eingehender zu betonen und vorzubereiten; sie kann auch mit anderen Zustandekommen.

Von verschiedener Seite wurde die Einwendung gemacht, daß wir dies alles vielleicht auch ohne die Mobilisierung erlangt hätten. Ich weise diese Behauptung zurück. Vor allem erreichten die Kosten der Mobilisierung bei weitem nicht jene Ziffern, von denen gesprochen wurde. Was die Mobilisierung für den Staat, für seine Administration, für sein Heer und den Geist der Armee, für das Gefühl der Staatlichkeit in allen Kreisen der Bevölkerung bedeutet, läßt sich heute noch nicht genügend abschätzen. Ich wiederhole nur, daß es vor allem unsere, sowie unserer Verbündeten Verantwortlichkeit war, welche eine schnelle und ruhige Lösung der Angelegenheit ermöglichte. Die Demokratie ist verpflichtet, eine Politik des Friedens zu treiben — sie prinzipiell und konsequent zu treiben. Die Demokratie hat aber gleichzeitig eine noch heilivere Pflicht: die Pflicht, ihre Existenz zu verteidigen. Wer die Freiheit und Demokratie nicht zu verteidigen trifft, ist ihrer nicht würdig. Es gab nie und es wird nie eine richtigere und berechtigtere Politik geben.

Wir haben auch niemand überfallen, wir wurden nur zur Verteidigung genötigt. Die Resultate unserer Aktion in der letzten Krise bedeuten daher für uns einen unberechenbaren Erfolg.

Es ist auch notwendig, die große Hilfe hervorzuheben, welche uns seitens unserer großen Verbündeten zuteil wurde.

Der Vertrag mit Polen.

Das gleiche konstruktive Ziel stecken wir uns auch in unserer gemeinsamen Arbeit mit Polen. Unser Vertrag mit Polen ist das Ergebnis einer ganzjährigen Arbeit, welche ein mehr kühneres Milieu dafür schaffen wollte, daß zwei slawische Völker sich besser verstehen lernen und sich von allen Vorurteilen befreien, welche sie gegeneinander hegten.

Er ist etwas historisch notwendig; die Logik der neuen Ereignisse, die historische Entwicklung, die geographische Situation, die internationalen politischen Verhältnisse, die unmittelbaren und die stärksten wirtschaftlichen und finanziellen Interessen fordern ihn.

Der tschechoslowakisch-polnische Vertrag bedeutet ein gegenseitiges Anerkennen der den beiden Staaten durch die gemeinsam unterzeichneten internationalen Verträge anerkannten Grenzen. Damit hängt auch die Vereinbarung über eine gegenseitige Neutralität beider Staaten zusammen für den Fall, daß der eine oder der andere derselben von irgendwelcher Seite angefallen werden sollte, und ebenfalls die gleichzeitige Konstatierung des Desinteresses in allen Fragen, welche unmittelbar nur einen der beiden Staaten betreffen.

Es handelt sich darum, sich gegenseitig keine unnötigen Schwierigkeiten zu bereiten in Fragen, welche den anderen der beiden Staaten nicht unmittelbar betreffen. Den wichtigsten Teil des Vertrages bildet die Uebereinkunft, daß in Zukunft alle zwischen uns entstandenen Streitigkeiten einem Schiedsgerichte zur Untersuchung vorgelegt werden sollen.

Es wurde bereits einmal erwähnt, daß dieser Vertrag gegen niemanden gerichtet ist. Er ist weder gegen Deutschland, noch gegen Rußland oder gegen Ungarn gerichtet. Denjenigen, welche im Vertrage etwas suchen wollen, was in ihm nicht enthalten ist, oder welche dies bereits getan, gebe ich zur Antwort: Es genügt, daß wir auch von unseren Nachbarn nachgeachtet werden, und alle Besürchtungen werden sofort verschwinden: eine ganze Reihe von internationalen Konflikten kann leicht behoben werden.

Der Vertrag behrührt die Interessen keines Nachbarn. Es ist noch schwer die Bedeutung dieses Vertrages abzuschätzen, solange er nicht eine Zeitlang bereits in Geltung gewesen sein wird.

Stellung zu Rußland.

Von einigen Seiten wollte man in diesem Vertrage eine Aenderung unserer politischen Linie sehen, in den östlichen und den russischen Fragen. Ich betone, daß dies nicht der Fall ist. In den russischen Angelegenheiten werden wir prinzipiell unsere bisherige Linie geltend machen. Wir wünschen uns nicht in die russischen Angelegenheiten, beobachten prinzipiell eine Politik der Nicht-Intervention und sehen unsere Aktion zur Vinderung der Hungersnot in Rußland fort. Ich lege dem hohen Hause den Antrag vor, zur Vinderung der Hungersnot in Rußland vorläufig 10 Millionen Rubel zu bewilligen. Gleichzeitig sehen wir die Hilfsaktion für russische Flüchtlinge fort, welche politisch neutral geführt werden muß.

Endlich erlaube ich mir bekanntzugeben, daß die Vorbereitungen zu einer wirtschaftlichen Konvention mit Rußland fertig sind, und daß dieselbe in den nächsten Tagen unterschrieben werden wird. Sie bringt sowohl uns als auch Rußland bedeutende Vorteile.

Von verschiedener Seite hörten wir vielfach, daß der Vertrag mit Polen unter dem Einfluß dieser oder jener Großmacht zustande gekommen ist.

Die Kritik stammt aus solchen Quellen, welche sich nicht vorstellen können, daß internationale Politik auch aus eigener Initiative getrieben werden kann, und welche selbst stets unter einem direkten oder indirekten Einflusse von irgendwelcher Seite stehen und handeln. Ich konstatiere mit allem Nachdruck, daß wir nie und nimmer von einem Mitglieder der Entente um irgendeine Politik gebeten, geschweige denn zu einer solchen genötigt wurden.

Wäre es nicht so komisch, so wäre es nötig, eine solche politische Nicht-Bildung und die Armut der politischen Gedanken derer, die bis zum Ueberdruß diese Legenden fort und fort wiederholen, zu befragen. Ich muß an alle solche Kritiker die sehr innige Bitte richten, die Angelegenheiten Europas endlich etwas seriöser beurteilen zu wollen. Es ist einfach lächerlich, täglich über einen Feldzug gegen Rußland Meldungen zu bringen.

Endlich bemerke ich, daß wir keine Geheim-Verträge abschließen und keine Geheimpolitik treiben; bei den letzten Ereignissen haben wir es deutlich bewiesen. Wir unternehmen nichts ohne Wissen der Nationalversammlung.

Das nördliche Burgenland im Besitze Oesterreichs.

Ein Aufruf an die Wehrmänner.

Wien, 16. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die österreichischen Truppen, die bis gestern in Seewinkel östlich des Neusiedlersees standen, haben heute mit der Besetzung des Restes des östlichen Gebietes begonnen, womit der nördliche Teil des Burgenlandes militärisch in unserer Hand ist. Das Gebiet wird jetzt von Patrouillen durchstreift und nach Banden abgesehen. Die Gendarmerie hat schon in vielen Orten ihre Tätigkeit aufgenommen. Die zivile Verwaltung dürfte in den nördlichen Teilen in den nächsten Tagen beginnen. Wenn dieser Teil eingerichtet und militärisch gesichert ist, wird an die Besetzung des übrigen Teiles des Burgenlandes geschritten.

Die militärische Leitung hat an alle Wehrmänner einen Aufruf gerichtet,

worin sie aufmerksam gemacht werden, daß sie im Verein mit der Gendarmerie das von unseren Stammesbrüdern bewohnte, von Banden heimgesuchte Land betreten, um die Einrichtung der zivilen Verwaltung zu ermöglichen. Am Schlusse des Aufrufes heißt es: „In geduldiger, treuer Wacht seid Ihr an der alten Grenze gestanden. Jetzt gilt es, die neue Grenze zu errichten und zu sichern. Wie Ihr bis jetzt treu eure Pflicht getan habt, so erwarten wir, daß auch die neue Aufgabe Euch am Platze findet. Denket daran, daß Ihr als Freunde zu unseren Stammesbrüdern kommt. Mit offenen Armen werden wir den empfangen, der sich uns freundlich zuneigt, mit den Waffen aber werden wir bekämpfen, wer uns mit Waffengewalt an der Uebernahme des Burgenlandes verhindern will.“

Das Verhältnis zu Deutschland.

Der Vertrag mit Polen rief verschiedene Kommentare aus von deutscher Seite hervor. Ich habe keinen Grund, nicht einige klare Worte über unser Verhältnis zu Deutschland zu sagen. Unser Verhältnis zu Deutschland war von Anfang an offen und unzweideutig. Deutschland ist unser größter Nachbar. Wirtschaftlich sind wir auf eine Mitarbeit direkt angewiesen, unsere historischen Beziehungen waren zahlreich, stetig und unvermeidlich. So wie mit anderen Nachbarn, wollten und wollen wir auch mit Deutschland ein anständiges, vernünftiges und freundschaftliches Verhältnis. Es ist natürlich, daß unser Verhältnis zu Deutschland stets auch durch unsere enge Beziehungen zum Westen und zum Osten, sowie durch das Verhältnis des Westens und des Ostens zu Deutschland selbst bestimmt werden wird. Bisher drückten wir dies durch die Formel aus, daß wir uns in forellen und lokalen Beziehungen befinden. Ueber dies alles haben auch wir unsere eigenen Ansichten.

Oberschlesien.

Es wurde über unseren Standpunkt in der Frage Oberschlesiens gesprochen und man fing an in den reichsdeutschen Blättern gegen uns eine Kampagne zu führen, deren Quellen und Ursprung uns gut bekannt sind. Wie in allen anderen Fragen so auch hier sind und wollen wir gegen Deutschland gerecht und loyal sein; wir haben keine Ursache in dieser oder jener Sache gegen dasselbe a priori Stellung zu nehmen. Wir sind aber dafür, die Friedensverträge, welche von uns allen unterzeichnet wurden, geltend zu machen. Unsere Politik ist deutlich und klar. Wir wollen niemandem schaden, auch Deutschland nicht in nichts; unser Ziel ist die wirkliche Politik des Friedens und der Pazifikation Europas. Deshalb haben wir auch keine Ursache dort auszuweichen, wo wir im Rechte sind, oder wo wir gerechte und berechnigte Politik treiben.

In den Sachen Oberschlesiens verteidige ich und verteidige den Standpunkt der Friedensverträge. Die wurden von uns Allen unterzeichnet und es ist daher unsere Pflicht, sie einzuhalten. Das habe ich auch in Genf betont. Der Welt zu erzählen, daß wir dies oder jenes dabei erreichen wollten, vielleicht sogar territorial, ist lächerlich und äußerst unloyal.

Die Konferenz in Washington.

Der Herr Präsident des Abgeordnetenhauses sprach hier innige Worte über die Konferenz zu Washington. Ich schlicke mich ihnen im Namen der Regierung vollst. an. Stetiger werden vielleicht wieder die Washingtoner Bestrebungen bezweifeln. Wir glauben an dieselben und heißen sie herzlich willkommen. Ich benachrichtigte bereits den Völkerverbund, daß die tschechoslowakische Regierung für denselben einen offiziellen Bericht über alle mit der Mobilisierung und dem Konflikte mit Ungarn zusammenhängenden Vorgänge vorbereitete.

Die Mobilisierung und die politische Situation im Staate.

Auf dem Gebiete der inneren Politik erfüllte die Regierung alle dem Parlaamente egegebene Verpflichtungen in vollstem Maße.

Die Mobilisierung befestigte die innere Ordnung und Administration und bezugte die Ergebnisse, mit welcher alle Schichten der Bevölkerung an der Republik hängen. Die Bevölkerung aller Nationen und aller Kreise erfüllte vollst. ihre Pflicht.

Es zeigten sich einige Mängel sowohl im Heere als auch in der Administration andere Refforts. Die Regierung wird dafür sorgen, daß Abhilfe in jeder Hinsicht geschaffen wird. Die Wehrpflichtigen stellten sich in einem solchen Procente ein, wie es bei ähnlichen Gelegenheiten die bestgeordneten Staaten aufweisen. Diejenigen, welche ihre Pflicht nicht erfüllten, werden überall und ohne Ausnahme zur Verantwortung gezogen.

Es ereigneten sich einige bedauernde Vorfälle. Die Vorgänge in Rumburg waren leichter Natur und wurden im Laufe eines einzigen Tages erledigt, so daß gar keine besonderen Maßnahmen ergriffen werden mußten. Die Ereignisse in Graslitz waren ernst und sind in jeder Hinsicht tief zu beklagen. Die Mobilisierung ist eine ernste Sache, ernster als irgendwelche nationalen oder sozialen Manifestationen, bei welchen nie zugelassen werden darf, daß unverantwortliche Elemente das einfache Volk zu geschwändrigen Taten hegen könnten. Einstweilen tat die Regierung Alles, um Ruhe einzuführen. Ihrem Versprechen gemäß tat die Regierung auch alles, um den Betroffenen zu helfen, besonders falls sich unter denselben solche befinden sollten, die schuldlos getroffen wurden.

Die Regierung verteidigte ihren Vorgang zu Beginn der Mobilisierung und teilte dem hohen Hause mit, daß die Mobilisierung nicht mißbraucht werden wird, weder zu Ausnahmungs, noch zu politischen Maßnahmen, speziell zu keiner Beschränkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Die Regierung hielt ihr Wort und beseitigte alle notwendig gewordenen Maßnahmen, sobald sich dazu die erste Gelegenheit bot. Es war hier der erfreulichen Erscheinung zu gedenken, daß unsere Verhältnisse sicher genügend konsolidiert sind, da wir weder wirtschaftlich, noch valutärlich in internationaler Hinsicht von der Mobilisierung in einer ernsteren Weise betroffen wurden. Auch dies bezeugt unsere innere und äußere Kraft.

Die Slowakei.

Der Regierung wurden Beschwerden wegen einiger Maßnahmen in der Slowakei vorgelegt. Eine Reihe von Interventionen hatte ich selbst Gelegenheit zu beantworten. Dort, wo Uebergriffe geschahen, wurde sofort eingeschritten und noch werden die Vorfälle untersucht, welche den Gerichten oder der Polizei angezeigt wurden. Auch über die Aufhebung des Standrechtes wurde bereits entschieden. Die Regierung ist von dem Willen befeht, daß streng nach den Vorschriften der Gesetze vorgegangen werde.

Es wurde auch konstatiert, daß in vielen Fällen, wo zu Gunsten von Verhafteten interveniert wurde, wirklich geschwändrige Taten vorlagen. Ich muß neuerdings betonen, daß der Verlauf der Mobilisierung besonders in der Slowakei tadellos war.

Ich darf sagen, daß während der Mobilisierung die zivile und die Militärverwaltung der ganzen Welt besungen, daß unsere Republik wirklich demokratisch ist und eine demokratische Armee besitzt. Die Art, in welcher sofort und genügend um die Familien der Mobilisierten gesorgt wurde, besengt dasselbe.

Die Atmosphäre der Ruhe und das Ziel der Regierung.

Die Atmosphäre der Ruhe und der gemeinsamen Arbeit, welche langsam in der Republik zustande kommen wird, wie ich hoffe, weiter verstärkt und wird es uns ermöglichen, alle unseren sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Aufgaben zu erledigen im Sinne einer gemeinsamen Arbeit und der sozialen und nationalen Gerechtigkeit.

Das Ziel dieser Regierung besteht darin, alle politischen Angelegenheiten, sowohl die wichtigen als auch die minder wichtigen heranzu lösen, daß sie nicht den Anlaß zu neuen Streitigkeiten geben, sondern alle Parteien und alle Nationen eher zusammenfügen, einigen und versöhnen möchten. Auf Volksschieden aller Nationen dieses Staates innerlich und international gestärkt hervor und es wurde ein weiterer Schritt zu einem friedlichen Zusammenleben aller Volksschieden aller Nationen dieses Staates getan. Hoffen wir, daß auch die praktischen Ergebnisse dieses Umstandes allmählich sichtbar werden!

In diesem Sinne wird die Regierung auch weiterhin darauf hinarbeiten, daß der Geist der Versöhnung und der Ruhe in diesem Staate stärker werde und wachse.

Debatte im Abgeordnetenhaus über das Budget.

Nach einer längeren, ereignisreichen Pause ist gestern das Abgeordnetenhaus wieder zusammengetreten. Nach einer Lobpreisung der Washingtoner Konferenz, die nicht ohne Widerspruch aufgenommen wurde, erteilte der Präsident Tomasek dem Generalberichterstatter Abgeordneten Sonntag das Wort zu eingehender Würdigung des Budgets. Nach ihm hielt Ministerpräsident Dr. Benesch eine seiner bekannten Schleierreden. Vorerst verleierte er den Teilbestand seiner diplomatischen Mobilisierung und hierauf seine neue Vertragspolitik. Bezeichnend für die Art seiner Diplomatie ist seine kühne Lokalisierklärung gegenüber Deutschland: „Es ist natürlich, daß unser Verhältnis zu Deutschland stets auch durch unsere enge Beziehungen zum Westen und zum Osten, sowie durch das Verhältnis des Westens und des Ostens zu Deutschland selbst bestimmt werden wird.“ Nach dieser westöstlichen Erklärung des Ministerpräsidenten sprach der deutsche Karrierist Spina in heinahe knocheliger Weise. Wie konnte nur ein Mitglied jenes Verbandes, der beinahe buchstäblich mit Händen und Füßen gegen Beneschs Interventionspolitik vor Kürze noch im gleichen Hause aufgetreten ist, die Worte finden: „Die deutschen Mitglieber (gemeint sind darunter natürlich die Deutschbürgerlichen) im Budgetausschusse haben ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Wehrmacht dieses Staates ansauerstet werde.“ Wie konnte das nur ein Abgeordneter sagen, der seinen Wählern vom Antimilitarismus, Rückgrat und ähnlichen Dingen fabuliert. Unter anderen Abgeordneten sprachen Professor Raska, der mit Witz der Positiv beizukommen versucht. Er unternahm es auch, gegen unsere Partei ein paar verfehlte Seitenhiebe zu führen, die wir ihm wahrlich nicht schuldig bleiben werden. Abgeordneter Stivin fand warme Worte für eine Wiedervereinigung des Proletariats, die aber leider durch eine nationalstische Vermischung etwas abgeflüßelt wurden. Als letzter Redner der bis in die späten Abendstunden währenden Sitzung sprach der ungarische Sozialdemokrat Genosse Wittich, der auf die skandalösen Zustände in der Slowakei hinwies.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 40 nachmittags und benützt die Gelegenheit, auf das Zusammentreten und die Wichtigkeit der Washingtoner Konferenz hinzuweisen. (Die Kommunisten rufen: „Komodie!“) Es ist selbstverständlich, daß die tschechoslowakische Republik durch ihre Politik das Joch der Verständigung der Nationen und der Abrüstung beitragen wird. (Gelächter auf deutscher Seite.)

Hierauf erhält das Wort der Berichterstatter des Budgetausschusses Abg. Sonntag (tschech. Agr.). Er bespricht den Voranschlag für das Jahr 1921 und vergleicht zunächst die heutige Bilanz mit der des Vorjahres. Siehe konstatiert er, daß der vorjährige Abschluß einen Ueberschuß von 288 Millionen aufweist, was sich freilich später als eine Fiktion herausgestellt hat; denn der heutige Voranschlag schließt mit einer Differenz von 1200 Millionen Kronen zu Ungunsten des vorjährigen Budgets. Erst das heutige Budget ergebe ein richtiges Bild der Finanzlage, deren Besserung durch Sparmaßnahmen erreicht werden müsse. Er stellt die Notwendigkeit einer genauen Aufnahme des staatlichen Eigentums fest, vor allem fordert er die Uebernahme der säkularisierten Güter in staatliche Verwaltung. Er referiert dann über die wirtschaftliche Nationalisierung der staatlichen Wälder und Bergwerke. Redner bespricht dann die Verkehrsverhältnisse der Republik und die Lage unseres Außenhandels. Wir dürfen zum Zwecke der Stabilisierung unserer Valuta nicht zur Notenpresse greifen. Die gegenwärtige Krise können wir nur durch Zusammenarbeit der Unternehmer mit den Arbeitnehmern überwinden. Die Frage richtet sich nicht nach der Distribution, sondern nach der erhöhten Produktion (Beifall bei den Koalitionsparteien).

Nach diesem Berichte ergriff der Ministerpräsident Dr. Benesch das Wort zu einer Rede, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Abg. Spina (Deutsch. Agr.) erklärt, eine Begeisterung war nach allen vorherigen Kriegsergebnissen unmöglich zu erwarten und tatsächlich war auch keine Begeisterung für den Krieg zu spüren. Trotzdem habe der Ernst der Situation gewirkt. Es wirkte die drohende Habsburgerreaktion, der kategorische Imperativ der Pflicht. Die deutschen Mitglieder des Budgetausschusses hätten ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Wehrmacht die-

ses Saates angerüstet werde. Ein guter Teil des Mobilisierungserfolges sei auf das deutsche Konto zu buchen. Solange den Deutschen ihr Recht genommen werde, sei die Bräute der Verständigung nur schwer zu finden. Der Redner kommt hierauf auf das Unrecht des Landestheaterabbaus zu sprechen. Der Einschlag deutscher gewissenhafter Arbeit fehle vor allem im Finanzministerium. Die Verhältnisse in Mitteleuropa seien trotz der Beseitigung der Habsburger und eines tschechisch-polnischen Vertrages noch lange nicht konsolidiert. Aber die Deutschen wollen sich an die Gegenwart, an das Positive, halten.

Sodja (slow. Agr.) erklärt seine Uebereinstimmung mit der Ansicht des Ministerpräsidenten, daß der Staat die „Staatsprüfung“, welche er in den jüngsten Tagen zu bestehen habe, gut bestanden habe. Die magyrische Frage wird nicht früher erledigt sein, bevor die Abrüstung bewerkstelligt und die ungarische Demokratie gestärkt sein wird.

Abg. Pajest (d. Nat. Soz.) legt eine scharfe Verwahrung gegen die Art der Budgetberatung ein. Darauf wendet sich der Redner gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten. Er konstatiert zunächst, es sei nun klar, daß die Mobilisierung zu einer Zeit weiter betrieben wurde, da es schon feststand, daß die ungarische Regierung mit den schärfsten Mitteln gegen Karl eingesezt hatte. Er wirft der Regierung vor, daß der polnisch-tschechische Vertrag in jeder Beziehung gegen Deutschland gerichtet sei. Er stellt fest, daß der Personalaufwand überall unnützlich gesteigert sei, damit nur überall der tschechische Einfluß sich geltend machen könne. Diefelbe Beobachtung ergebe sich hinsichtlich der gesteigerten Ausgaben für resp. politische Propagandazwecke und militärische Zwecke. Ueberall sei die Feindschaft gegen die Deutschen ersichtlich.

Abg. Slawitschek (tschech. Nat. Soz.) konstatiert, daß die tschechoslowakischen Legationen dem demokratischen Geist der Republik nicht gutem Ausdruck verleihen. Ebenso vermisse man an ihnen die Inkörperung wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Ausland. In Bezug auf die Innenpolitik wünscht er eine Entösterreichung der Bureaucratie. Er kämpft gegen die politischen Organisationen der Staatsbeamten.

Abg. Dr. Raska (deutsch. Dem.) kritisiert die Außenpolitik Beneschs. Zum Erfolge der Mobilisierung hat insbesondere der Pflichterfüller deutscher Beamter und Rekruten beigetragen. Das Märchen von der Schadenfreude der deutschen Politik müsse endlich verstummen. Wir haben nach Beneschs Erklärungen eine Mobilisierung aus pädagogischen und demokratischen Gründen abgelehnt. Es wäre auf minder kostspieligem und minder gefährlichem Wege möglich gewesen, dasselbe Resultat zu erreichen. Redner steht immer noch auf dem Standpunkt, daß die Rückkehr Karls eine innerpolitische Angelegenheit Ungarns war. Wenn aber die Habsburgergefahr eine internationale Angelegenheit war, so war es Aufgabe der Völkervereinigung, nicht aber der tschechoslowakischen Initiative zu handeln. Mit Hinweis auf den Völkerverbund zeigt er auf, daß Benesch gegen die Satzungen des Völkerverbundes gehandelt hat. Er weist in längerer Rede auf die „Erfolge“ hin, die Benesch „erlitten“ hat.

Abg. Stivin (tschech. Soz. Dem.) erklärt, seiner Partei handelte es sich nicht nur um das Interesse der Republik, als sie die Verantwortung mitübernahm, sondern vor allem um den Kampf gegen die Reaktion Europas. Der Erfolg war die gemeinsame Rundgebung der sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei, Deutschlands und Oesterreichs. Davin sei der erste Versuch einer Vereinigung der sozialistischen und demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Reaktion zu erblicken. Die Reaktionsgefahr habe auch bei den französischen Sozialisten Verständnis erweckt. Die Mobilisierung habe auch zu einer Entscheidung im Westen beigetragen, wo reaktionäre Elemente die Bestrebungen Karls vorher unterstützt haben. Noch herrschen furchtbare Zustände in Ungarn unter Hortys Regime. Wir sollten das magyrische Volk im Kampfe gegen die Reaktion unterstützen. Er begrüßt die Ankündigung des Ministerpräsidenten, den Mißständen in der Konstitutionspraxis entgegenzutreten. Die Siegerstaaten werden wirtschaftlich ihren eigenen Weg gehen. In einer Auseinandersetzung mit der Rede des Abg. Spina verweist er auf die Gestenpolitik der Deutschbürgerlichen. Redner wünscht eine Mitarbeit beider Nationen auf dem Boden dieses Staates.

Abg. Wittich (ung. Soz. Dem.) verweist darauf, daß die Entente die ungarische Aristokratie und damit die Reaktion fühle. Er deckt die Teilnahme der Staatsbehörden an der Preßburger Denkmalsstürzen (Maria Theresia und Beßffy) auf. Dann befaßt er sich mit den un-

gerechtfertigten Arbeiteraufweisungen, die unter dem Deckmantel der Milderung der Arbeitslosigkeit in der Slowakei erfolgen. Zuletzt bespricht er die unerhörten undemokratischen Zustände der Slowakei.

Die Sitzung wurde darauf geschlossen. Die Debatte wird morgen um ein Uhr nachmittags fortgesetzt werden.

Obmännertkonferenz.

In der gestrigen Obmännertkonferenz erläuterte der Präsident Tomasek einen Bericht über die Sitzung des Präsidiums.

Die gestrige Sitzung des Präsidiums beschäftigte sich mit der Arbeitseinteilung für die Budgetdebatte, wobei beschlossen wurde, die Beratung des Budgets in einer Generaldebatte und einer Spezialdebatte vom 16. November ununterbrochen bis zum 26. November täglich acht Stunden zu führen. Die Spezialdebatte wird in vier Gruppen, einer politischen, finanziellen, Schul- und wirtschaft-

Die Grenzbewohner und der Marksturz.

Die Abgeordneten Pohl, Dr. Solitscher, Hausmann, Grünzner, Seeger, Uhl und Genossen haben an die Gesamtregierung wegen notwendiger Maßnahmen zur Linderung der durch den Marksturz verursachten Not von Grenzbewohnern folgende dringliche Interpellation gerichtet:

In dem an Deutschland grenzenden Gebiete der Republik wohnen Tausende von Arbeitern, Angestellten (Seimarbeitern), die in Deutschland beschäftigt, in Markwährung entlohnt werden und ihre Lebensbedürfnisse in der tschechoslowakischen Währung bezahlen müssen.

Die katastrophale Entwertung der deutschen Reichsmark hat nun für diese Personen zur Folge, daß ihr Einkommen auf ein Drittel ihrer ursprünglichen Höhe herabgesunken ist. Diese in Deutschland beschäftigten tschechoslowakischen Staatsbürger erhalten nunmehr für die deutsche Reichsmark nicht mehr 100 oder über 100 Heller tschechoslowakischer Währung, sondern nur noch zirka 30. Dadurch wurden viele tausend Familien in grenzenlose Not gebracht, der abzuhelfen eine Pflicht des Staates ist.

lichen Gruppe, abgeführt werden. Im Auftrage des Klubs urgierete Genosse Dr. Czech die Beratung des Antrages Hirska, betreffend die Vermehrung der Gewerbegerichte und des Senatsbeschlusses über den Antrag der Genossen Dr. Seiler, betreffend den böhmischen Landesverwaltungsanschuß. Der Präsident Tomasek übernahm es, bezüglich Erledigung der beiden Vorlagen mit den Vorsitzenden der Ausschüsse zu verhandeln.

Die Koalitionsparteien sind übereingekommen, den Oppositionsparteien die Vorsitzendenstellen in den Ausschüssen wegzunehmen. Gegen diesen Willkürakt erhoben Gen. Dr. Czech und Abg. Haken (Komm.) schärfsten Protest. Außer dem Budget werden dem Hause einige Gesetze vorgelegt werden. Alle Gesetze, deren Wirksamkeit am 31. Dezember endet, ferner das Habsburgergesetz, das Gesetz über die Bestrafung der Habsburgerpropaganda und der Vertrag mit Italien.

Zur augenblicklichen Linderung dieses Notzustandes gibt es nur ein Mittel, diesen genannten Bewohnern der Republik zu gestatten, daß sie ihre Lebensbedürfnisse in Deutschland einzukaufen und unbehindert über die Grenze bringen dürfen. Durch die in jüngster Zeit verhängte Grenzkontrolle wird dies unmöglich gemacht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Gesamtregierung die dringende Anfrage:

1. Ist sie bereit, sofort zu verfügen, daß den in Deutschland beschäftigten, nach Reichsmark entlohnten und in den Grenzgebieten der Republik wohnenden Arbeitern, Angestellten sowie Seimarbeitern gestattet wird, die zu ihrer Lebenshaltung unbedingt nötigen Bedarfsgegenstände bis zu dem Ausmaße des Verdienstes in Deutschland einzukaufen und unbehindert über die Grenze zu bringen?

2. Ist sie bereit, mit der deutschen Reichsregierung sofort in Verhandlung zu treten, damit den unter 1. aufgezählten Personen auch deutschseits gestattet wird, die in Deutschland eingekauften Bedarfsgegenstände unbehindert über die Grenze zu bringen?

Inland.

Der letzte Akt der Demobilisierung.

(19. bis 26. November.)

Prag, 16. November. Die zweite Demobilisierungsperiode beginnt am 19. November und schließt mit dem 26. November. Die Feldgendarmarie wird vom 19. bis November in Böhmen, Mähren und Schlesien, vom 22. bis 26. November in der Slowakei und Karpathenland demobilisiert werden. Damit wird die tschechoslowakische Armee auf den Friedensstand gebracht werden.

Raschin als Scharfrichter. Der Initiativausschuß hat seit einiger Zeit eine vernünftige Haltung eingenommen und die ihm vorgelegten Anträge fast ohne Ausnahme dem Ausschusse zur meritorischen Behandlung zugewiesen. Das paßte den privilegierten Scharfmachern nicht und so erschien in der heutigen Sitzung Dr. Raschin, um den pflichtvergeßlichen Ausschuß an seine Bestimmung, als Guillotine zu arbeiten, zu erinnern. Die Mißerfolge des Herrn Dr. Raschin auf politischen und finanziellen Gebiete zwingen ihn, sich in das Antragsstübchen des Initiativausschusses zurückziehen und dort seine kleinen Hände spielen zu lassen. Aber auch da hatte er wenig Glück. Nachdem er sich eine tüchtige Portion der vorliegenden Anträge ins Referat gegen und deren Ablehnung beantragte, obwohl er die Vorträge der anderen Referenten auf Zuweisung mit der Begründung betämpfte, es fehle der verfassungsmäßig vorgeschriebene Nachweis der finanziellen Bedeckung oder es seien formale Mängel vorhanden, wurden doch fast alle Anträge den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Die Mehrheit des Ausschusses verschloß sich der Erkenntnis nicht, daß wichtige und ernste Anträge nicht wegen kleinlicher Einwendungen und nichtiger Vorwände der meritorischen Beratung entzogen werden dürfen, und so blieb der überängstliche Güter der Verfassung mit seinen blutdürstigen Abfichten heimatlos allein. Nur die tschechischen Nationalsozialisten leisteten den Nationaldemokraten treue Gefolgschaft; auch eine merkwürdige Gesellschaft!

Preßverfolgung. Die tschechische Regierung findet es für demokratisch, jene ausländischen Zeitungen, die ihr nicht sympathisch sind, zu verbieten. Dieses Vorgehen ist einfach standeslos. Selbst Zeitungen, die als Briefe versendet werden, werden von frechen Zingern an-

der Grenze geöffnet und als Zornepaket zurückgeschickt. Wie sinnlos ist es, beispielsweise die Berliner „Note Jahne“ auf diese Weise in der Tschechoslowakei zu verfolgen. Glaubt die Tschechoslowakei wirklich, daß ihr die „Note Jahne“ Schaden bringen kann. Und ist es demokratisch, auch dann die Presse zu unterdrücken, wenn sie der augenblicklichen Regierung nicht angenehm ist?

Ein Urteil über Schmeral. „Schmeral“ Schmeral ist ein „Trapezfänger“. Ich habe ihn noch nie auf festem Boden oder zielbewusstem Wege gesehen. Er ist ein Führer, der sich vor den Massen stoßen lassen muß. Vor einer offenen, unabweisbaren Frage gestellt, wie er es mit der Entwicklung zur kommunistischen Partei hält, antwortet er nicht offen, sondern springt aufs „Trapez“. Der Typus eines unglaubig geschickten Opportunisten, der es auch zustandebringt, vom Trapez auf den festen Boden der dritten Internationale zu springen, — wenn es eben opportun sein wird, d. h. bis alle vorausgesprungen sein werden und er nur nachspringen muß. Die Geste wird er dann schon beibringen. Er kann sich revolutionärer „gebärden“ als ein wirklicher Revolutionär.“ — So urteilt über Schmeral nicht etwa ein politischer Gegner, sondern sein eigener Parteigenosse, der Abg. Warmbrunn in der Zeitschrift „Empor“ im 7. Heft. Das Unternehmen innerhalb der kommunistischen Partei muß demnach ein ausgezeichnetes sein und die Veranschlagung, deren sich ein kommunistischer Führer durch den anderen erfreut, ist eine bemerkenswerte. Das gestrige „Trapez-Pravda“ schreibt, daß die tschechischen Kommunisten mit den deutschen vollständig im Reinen sind. Nach dem obigen Urteil Warmbrunn über den geistigen Führer der tschechischen Kommunisten ist die ehemalige deutsche Abteilung mit der tschechischen auch im „Reinen“. Es kommt nur darauf an, was man unter Reinheit versteht. . .

Ausland.

Die Debatten für die proletarische Einigkeit. Die aus der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ausgetretenen Mitglieder haben unter Führung Paul Levis, die „Kommunistische Arbeitergemeinschaft“ begründet, die in einem Mitteilungsblatt ihr Programm entwickelt. Ueber das Zusammengehen mit den anderen proletarischen Parteien wird dabei folgendes gesagt: „Wir erklären, daß die grundlegenden verschiedenen Auffassung, die wir über Gang und Ziel der Revolution haben, uns nicht dazu führen darf, den gemein-

schafflichen proletarischen Mut-
terboden, dem alle proletarischen Parteien
entstammen, zu verweisen. In der langjam-
meren Entwicklung, die die deutsche und die
Weltrevolution angenommen hat, kann der
Kampf der Kommunisten gegen die anderen
proletarischen Parteien nicht der der Ver-
leumdung, der Beschimpfung und
des Herunterreißen sein. Wir wollen
die anderen Proletarier nicht beschimpfen,
sondern überzeugen. Wir verlangen daher auch,
daß die Kommunisten an allen gemeinschaft-
lichen proletarischen Organisationen, an Krei-
svereinen, Genossenschaften, Sportvereinen,
an Bildungsveranstaltungen, an Veranstal-
tungen örtlicher Gewerkschaftskomitees teilneh-
men und dort den Geist gemeinschaftlicher
proletarischer Zusammengehörigkeit
erleben, der über die Beschränktheit der Par-
teien hinaus unerschütterlich standhalten muß.

**Die polnischen Linksparteien gegen eine pol-
nisch-tschechische Annäherung.** Die Agentur
„Kofa“ berichtet, daß die polnisch-tschechische
Annäherung von Seiten der linken Parteien
auch weiterhin die allerjüngste Kritik findet.
Die P. P. S., die nationale Arbeiterpartei
und die Witos-Partei werden im Sejm Stim-
men wegen seiner Reise nach Prag interpe-
lieren. Die Witos-Partei hat auf der Kon-
ferenz ihres Abgeordnetenklaubs eine Interpella-
tion beschlossen, die die schärfste Kritik des
tschechenfreundlichen Politik des Augenmi-
nisterns ausdrückt. Die polnische Regierung
verfolgt eine panslawistische Politik, die nicht
im Interesse Polens liegt. Die polnische Regie-
rung sei wegen dieser Politik beunruhigt,
die Partei fordere daher die Regierung auf,
in der allerersten Zeit dem Sejm Aufklärung
zu geben, von welchen Motiven sich der Augen-
minister bei seinen Verhandlungen in Prag
leiten ließ. „Kobornik“, das Zentralorgan der
P. P. S., greift die tschechenfreundliche Politik
Stimmens auf das heftigste an. „Kofa“ soll
im Sinne des Abgeordnetenklaubs mit der
Tschechoslowakei auf das Tschechen Schließen
keine Ansprüche mehr erheben. Für die Tsche-
chen bedeutet das ein großer politischer Tri-
umph. Den Tschechen werden gleichzeitig große
wirtschaftliche Vorteile zugesichert. Was er-
langt aber Polen? Die Tschechoslowakei soll
unser Grenzen anerkennen. Für die Verzicht-
leistung auf das Tschechen Schließen wird uns
serner „diplomatische“ Hilfe der Tschechen in
der ofizialistischen Frage versprochen. Dieses
Versprechen hat jedoch nur problematischen
Wert.“ Stimmt wird vorgeworfen, daß er
sich erlaubt habe, „eine der peinlichsten und
wichtigsten Angelegenheiten der polnischen
Politik selbstständig zu erledigen, ohne sich zu-
vor mit der Sejmkommission für auswärtige
Angelegenheiten verständigt zu haben.“

Tages-Neuigkeiten.

Ein Lügenbericht des Reichsberger „Vor-
wärts“. Die Stadtwahlen, die Sonntag in
einem Teile Sachsens stattfanden, haben, wie
wir schon berichteten, zwar dem Proletariat
als Ganzes eine Schwächung, aber zugleich
der Unabhängigen Sozialdemokratie b. deu-
tende Erfolge gebracht, während Rechtssozia-
listen und Kommunisten geschwächt
aus dem Wahlkampf hervorgegan-
gen. Wir finden es begreiflich, daß der Reichs-
berger „Vorwärts“ sich mit diesen Wahlen
nur sehr kurz befaßt und sie an möglichst un-
auffälliger Seite abtut. Daß er aber in dem
kurzen Bericht, den seine Mittwochnummer

Feuilleton.

Die Hanna.

Von J. J. David.

„Ist sie immer so oder nur bei mir? Man
denkt doch über solche Fragen nach. Denn sie
ist gesund, und sie kennt keine Launen. Und
daß Mädchen in diesen Jahren oftmals nach-
denklich werden auch ganz ohne allen Grund,
dieses weiß ich. Und sie hört zu, wenn man
ihr etwas erzählt, und sie tut, als möchte
oder als wolle sie's durchaus verstehen. Und
einmal verplaudern wir uns so — denn ich
hab' natürlich viel gewußt, was für sie ganz
und gar neu gewesen ist — und sie verläßt
aus Nachsehen, und die Mutter ruf: Hanna!
und noch einmal und schon geärgert: Hanna!
weil sie sehr jähzornig war, und das Mädchen geht
recht zögernd und das Mut steigt ihr ins Ge-
sicht. Ja, warum wird sie mir rot? Denn
wir hatten nichts getan und nicht ein Wort
gesprochen, das nicht jeder hätte hören können.
Waren ihr nur Gedanken an sich selbst ge-
kommen? Sie hat sich sehr beherrscht. Und
wieder ein andermal, wie ich ihr zum ersten-
mal die Hand geb', so wird sie mir wieder
so rot und läßt sie mir lang, und wie sie dann
geht, so hält sie die Hand immer wieder
wie wunderbar vor die Augen und verdeckt sie
in der Schürze, wie sie ihre Mutter trifft.“

„Das sind so Eigenheiten. Ein jeder hat sie
zu sich, und man soll nicht an sie rühren,
weil man sonst an ihn selber rührt. Und sie
kommen bei ihr ganz unversehens und ganz

enthält, Zahlen und Tatsachen einfach entstell-
t, verdient doch niedriger gehängt zu werden.
In Dresden haben die Unabhängigen ge-
genüber den Landtagswahlen im Vorjahre
11.370, die Kommunisten 3912 Stimmen ge-
wonnen. So berichten die sächsischen Blätter.
Was tut der „Vorwärts“? Er stellt die Tat-
sachen einfach auf den Kopf und meldet, daß
die Kommunisten 12.000, die Unabhängigen
aber nur 4000 Stimmen gewonnen haben.
Noch unverschämter ist der Lügenbericht des
„Vorwärts“ über das Wahlergebnis in Leip-
zig. Er schreibt:

„Unsere Genossen bezeichneten einen Ge-
winn von 5 Sitzen, die die übrigen sozialistischen
Parteien (S. P. D. und U. S. P. D.) verloren
haben. Die Unabhängigen büßten 7 und die
Rechtssozialisten 1 Mandat ein. Man kann
also auch in Leipzig den einen relativen Er-
folg der Kommunisten sprechen, wenn auch die
Unabhängigen noch immer mehr Sitze im
Stadtparlament haben, als unsere Genossen.
Auf die Mehrheitsverhältnisse entfallen 6, die
Unabhängigen 21, die Bürgerlichen 30, die
Demokraten 6 und die Kommunisten 6 (früher
1) Sitze. Nachmals sei festgestellt, daß einzig
und allein die kommunistische Partei bei dieser
Wahl in Leipzig 5 Sitze im Stadtparlament ge-
wonnen hat, während alle übrigen sozialistischen
Parteien Stimmen und Sitze verloren haben.“

Und wie verhält es sich in Wahrheit?
Wir wiederholen, um die Lügen des „Vor-
wärts“ ganz augenfällig zu machen, den Be-
richt aus unserer Dienstagnummer:

Die Wahlen in Leipzig ergaben 31 sozial-
istische und 36 bürgerliche Mandate. Die U. S. P. D.
erhielt 114.713 (80,40%), die S. P. D. 26.723
(23,92%), die R. P. D. 30.846 (37,33%), die
bürgerlichen Parteien erhielten insgesamt
167.383 (119,96%), die sozialistischen Parteien
insgesamt 172.309 (111,682) Stimmen. Die
Unabhängige Sozialdemokratie gewann gegen-
über der Landtagswahl im Vorjahre fast 35.000
Stimmen, die Rechtssozialisten gewannen 2000,
die Kommunisten haben dagegen 6700 Stimmen
gegenüber den Landtagswahlen verloren.

Der „Vorwärts“ hat also die Niederlage der
Leipziger Kommunisten kurzzerhend ins
Gegenteil umgelogen und es bleibt
ihm nicht einmal die bescheidene Anrede, von
irgend einem Berichterstatter falsch informiert
worden zu sein. Denn erstens trägt der Be-
richt des „Vorwärts“ keine auswärtige Marke,
und zweitens hatten die „Vorwärts“-Redak-
teure bis Mittwoch reichlich Zeit, sich aus der
gesamten Presse über die Niederlage der säch-
sischen Kommunisten zu unterrichten. Diese
Niederlage geht parallel mit dem Rückgang
und Niedergang der kommunistischen Bewe-
gung in allen Ländern. Daß der „Vorwärts“
diese Niederlage zu einem Erfolg um-
lügt, ist ein neuer Beweis dafür, daß noch
so große zahlenmäßige Niederlagen der Kom-
munisten nicht Schritt zu halten vermögen mit
dem moralischen Niedergang dieser Par-
tei.

Bei den Bürgerstimmwahlen in Lübeck er-
hielten von insgesamt 61.000 Stimmen die
Rechtssozialisten und Unabhängigen
31.068, die Kommunisten 4317, die vereinigt-
en bürgerlichen Parteien 19.794, der unpoli-
tische Bürgerbund 3535 und die Grundbesit-
zener 3076 Stimmen. Das Verhältnis der
sozialistischen Abgeordneten zu den bürger-
lichen in der neuen Bürgerschaft ist 14 : 36.
Bisher war das Verhältnis 12 Sozialisten ge-
gen 38 Bürgerliche. — Diese Wahlen bedeuten
also einen guten Erfolg für die Gesamt-
arbeiterstimmwahlen Lübecks. Wie ärmlich sind die
4000 kommunistischen Stimmen gegenüber den

wie notwendig; und man kann sich sehr bald
nicht herauszukriegen ist. Das ist gar nicht
leicht. Denn seine Farbe ist sehr zart und den-
noch bestimmt, und die Stengel haben etwas
Starrs an sich. Man denke an Teppichmuster
davor. Der Tag war so heiß, und es ging
zu Mittag, und kein Mensch war auf den Fel-
dern; aber die Bienen haben geschwärmt in
Luzifer und mit dem hastigen und tieferen
Summen, wie sie es an sich haben, wenn es
eald gewittern will. Und ich sehe sie an, und
sie wird rot. Und ich ziehe sie an mich, weil
ich muß, ich küsse sie auf den Mund, und sie
hält still und tut die Augen zu und atmet sehr
tief und sonderbar ruhig, wie eines, das so ein-
schlafen möchte. Dann zuckt sie schmerzhaft
zusammen. Und erst wie wir gehen, und von
überallher war ein Mittagsgelächter und verbriet
sich mit dem vielen Gesumme um uns, erst da
merk ich: ihre Hand schmilzt an. Eine Biene
hat sie darcin gestochen, und sie hat keinen
Müder getan, trotz des Schmerzes. So eigen
war sie aber in allem, meine Hanna, in allem,
sann ich dir sagen.

„Dann hat sie sich mir gegeben. Ohne daß
wir einmal davon gesprochen haben, wir hät-
ten uns lieb oder wie das einmal mit uns
werden will. Es war eben ihre Zeit gekommen
und der Mann war da, zu dem sie gehört hat.
Und wir waren miteinander sehr glücklich und
haben Monate gehabt, wie man sie nicht oft er-
lebt, wenn einem auf der Welt alles Glück be-
schieden und vergönnt ist. Denn wir waren
sehr jung, und wir haben einander sehr gern
und immer lieber gehabt.“

„Und sie war vollkommen ohne Wunsch,
Nicht einmal gewußt hat sie, was sie sich ver-

31.000 Stimmen der beiden anderen proleta-
rischen Parteien! Wir zweifeln aber nicht da-
ran, daß der Reichsberger „Vorwärts“ auch
dieses Wahlergebnis ein wenig „herrichten“
und dann von einem relativen Erfolg der Lü-
becker Kommunisten sprechen wird.

Viktor Adlers Briefe. Friedrich Adler wen-
det sich an die Öffentlichkeit mit folgendem
Aufruf, dem Namen zu gewähren er alle
Parteiblätter des In- und Aus-
lands bittet: „In einer Zeit höchster politi-
scher Erregung starb mein Vater, und die drei
Jahre seit seinem Tode waren erfüllt von
einer heinade ununterbrochenen Reihe höchst
tristischer politischer Situationen. Der Moment
relativer Ruhe, der die Herausgabe seiner Re-
den und Schriften sowie seines Nachlasses er-
möglichst würde, ist auch heute noch nicht ge-
kommen. Aber die Vorarbeiten müssen in An-
griff genommen werden, denn die Gefahr wird
immer größer, daß manches für die Geschichte
des Werdens der Arbeiterbewegung in Oester-
reich überaus wertvolle Material dauernd ver-
loren geht. Daher richte ich im Einvernehmen
mit dem Parteivorstand der österreichischen
Sozialdemokratie an alle Freunde, Genossen
und Bekannten meines Vaters die dringende
Bitte, mir seine Briefe zur Verfügung zu
stellen. Jenen, die die Originale der Briefe
im Besitz zu behalten wünschen, wäre ich dank-
bar, wenn sie mir die Originale für kurze Zeit
schreibweise überlassen würden, damit eine ge-
naue Abschrift hergestellt werden kann. Viele
der Briefe enthalten so viel Persönliches, daß
sie zur Veröffentlichung nicht geeignet sind.
Tropdem wäre es ein großer Verlust, wenn
sie nicht gemeinsam mit dem übrigen Nachlaß
aufbewahrt werden könnten. Es wird selbst-
verständlich nichts ohne die Zustimmung des
Adressaten veröffentlicht werden. Wer über
Briefe befragt, von denen er wünscht, daß sie auf
eine gewisse Reihe von Jahren hinaus über-
haupt niemandem zur Kenntnis kommen, bitte
ich, sich mit mir besonders in Verbindung zu
setzen, damit eine sichere Aufbewahrung unter
Ziegel für die gewünschte Zeit ermöglicht
werde.“

**Die Zulagen der Gemeinde- und Bezirks-
angestellten.** Mit dem Gesetze vom 12. August
1921, Zlg. d. G. u. B. Nr. 289, wurden den
Gemeinde- und Bezirksangestellten dieselben
Zulagen und Anshüssen anerkannt, wie sie aus
Gründen der Teuerung der Staatsangestell-
ten gewährt werden. Zahlreiche Gemeinden
und Bezirke weigern sich jedoch, ihren An-
gestellten diese Zulagen und Anshüssen auszu-
zahlen, mit der Begründung, daß nach § 4 des
Gesetzes die Regierung erst im Verordnungs-
wege bestimmen werde, wenn das Gesetz in
Kraft trete. (Die Abgeordneten Grünzner,
Zahner, Sirich und Genossen stellten an
den Minister des Innern die Anfrage, ob er
bereit sei, die im § 4 des Gesetzes vom 12. Au-
gust 1921 Zlg. d. G. u. B. Nr. 289 angefü-
hrte Verordnung ehestens zu erlassen?)

Automobilunfall. Gestern um halb 7 Uhr
abends fuhr der Student Franz Kressl im
Automobil D — 1 R — 231 durch die Karodui-
trida in der Richtung zum Wustel. Bei der
Station der elektrischen Straßenbahn an der
Ecke der Karodui trida blieb das Automobil
hinter dem Wagen der Straßenbahn stehen.
Als der Straßenbahnwagen weiterfuhr,
wollte der Lenker des Wagens ebenfalls wei-
terfahren, wobei er aber bemerkte, daß der
Roter des Automobils aufgeschört habe, zu ar-

langen soll, wenn ich einmal angefangen hab',
ich möcht' ihr was schenken. Mir mir aber ist
es täglich anders geworden. Denn der Künst-
ler ist in mir aufgewacht mit seiner ganzen
großen und nicht zu bändigenden Sehnsucht.
Ich habe eine Gesteht gehabt, wie man sie sich
nur wünschen kann. Voll Hingebung und Güte
und Bescheidenheit, immer jartlich nach ihrer
Art. Aber mir ist das nicht genug gewesen
und immer minder erschienen. Denn ich habe
immer sicherer geglaubt, sie ist das, was ich
brauche, wenn ich in meiner Kunst der werden
soll, der ich sein könnte.

Wie ich ihr zuerst erklärt hab', was ich von
ihr wollen möchte, da ist sie ganz rot geworden,
hat mir den Mund zugehalten, so ganz allein
wie wir waren, und mit dem Kopf hat sie ge-
schüttelt, ohne allen Jörn, aber so, daß ich ge-
sehen habe, das kränkt sie im innersten Herzen.
„Meberhaupt, was lieben wir am Welt am
meisten? Was reizt uns? Seine Schamhaftig-
keit. Und eben das zerstören wir sonst durch
unsere Liebe. Hier ist es geliebt. Und den-
noch hab' ich's immer wieder probiert, und
immer ohne Erfolg. Und weil ich gemeint
hab', sie möcht' mich doch endlich verstehen ler-
nen und daß es nicht Neugierde ist, sondern
etwas Höheres, daß es um mich selber geht und
um meine ganze Kunst, so hat das mich geär-
gert, und ich hab' von Eigenstimm gesprochen
und von Bauerndummheit, die nichts ver-
steht, was weiter reicht, als die eigene Nase;
bei ihr also schon gar nicht weit.“

(Fortsetzung folgt.)

betten. Er stieg daher ab, um den Fehler zu
beheben; doch als er den Motor ankurbelte,
setzte sich das Automobil aus bisher unbekann-
ter Ursache in rasche Bewegung und fuhr in
eine Gruppe von Personen hinein, die an der
Haltestelle standen und durchstieß schließlich
eine Auslage. Hierbei wurde der 55jährige Wen-
zel Sazaril aus der Slowakei von dem Wagen
gestoßen und am Knie verletzt. Er wurde mit
dem Automobil in das Krankenhaus befördert.
Auf dem Wege ins Krankenhaus wäre be-
nahe ein neuer Unfall passiert, da Kressl nicht
zu fahren versteht. Er wurde verhaftet und
mit dem Automobil der Sicherheitsabteilung
übergeben.

**Was bei der Grazer Messe vertunken
wurde.** Eine amtliche Statistik über den Kon-
sum auf der Grazer Messe weist folgende er-
schreckende Ziffern auf: Getrunken wurden:
105.812 Liter Bier, 29.311 Liter Kaffee, 6456
Flaschenweine, 1634 Liter Schnäpfe und
Ältre, 151 Flaschen Champagner, 452 Liter
Sonnigwein, 1625 Liter Sodawasser, 3680 Kra-
cherl und 376 Liter Sauerbrunn. Verspeßt
wurden: Wurst im Aufschnitt 3759 Kilo-
gramm, 106.054 Paar Frankfurter und Prats-
würste, 517 Kilogramm Delikatessen, 1656
Stück Breden und Brotlaibe, 212.770 Stück
Salztangeln, Semmeln und Brekeln, 45.115
Stück Lebkuchen und Bäckereien, 70 Liter Ge-
florene, 3842 Kilogramm Obst und Gemüse,
1896 Kilogramm Rindfleisch, 752 Kilogramm
Kalbfleisch, 357 Kilogramm Schweinefleisch,
269 Stück Geflügel. Verbrauch wurden au-
ßerdem 202 Kilo Mehl und 95 Kilogramm
Fett. Diese amtliche Statistik berechnet die Kon-
sum dieser Sachen auf rund 30 Millionen Krone-
n. Die höchsten Ausgaben wurden
für Alkohol gemacht. Außer diesen 30 Mil-
lionen, die da bloß für Konsumartikel ausge-
geben wurden, sind auch noch viele Millionen
für Ringelspiele, Rollbahn und andere Jahr-
marktgeschichten verschleudert worden. Wieviel
Nützliches hätte um solche Summen gekauft
werden können.

**Der Mörder des Rumburger Bahndienst-
Leiters verhaftet.** In Falkenau-Kittitz
wurde ein junger Mann verhaftet, dem die linke
Hand fehlt. Es wird angenommen, daß es der
Mörder Leder ist, der am Donnerstag den Bahn-
wächter Entsch in Rumburg erschossen hat, doch
ist seine Persönlichkeit noch nicht genügend ein-
mandrirt festgestellt. In Rumburg ist von der
Verhaftung noch nichts bekannt, jedoch es also
fraglich bleibt, ob es sich tatsächlich um den Mör-
der Entsch handelt.

Das Optionsrecht der Deutsch- Oesterreicher.

Zu der tschechoslowakischen Republik leben
Zehntausende, die in einen in Deutsch-Oester-
reich gelegenen Ort heimatsständig und da-
her deutschösterreichische Staatsbürger sind.
Dies hat zur Folge, daß diese Personen vieler
Rechte verlustig werden, welche an die Staats-
bürgerschaft geknüpft sind. Hierzu gehören zahl-
reiche private und öffentliche Rechte. Wir ver-
weisen z. B. auf die der Heimatgemeinde ob-
liegende Pflicht zur Armenversorgung, auf die
Möglichkeit zur Erlangung öffentlicher Äm-
ter, vor allem aber auf das Wahlrecht.
Bei den Wahlen sowohl in die Gemeindever-
tretungen, als zur Nationalversammlung
zeigt es sich, daß in manchen Bezirken Hun-
derte wohnen; welche deutsch-österreichische
Staatsbürger sind und infolgedessen des Wahl-

rechtes Verluſt wurden, obwohl ſie ſchon ſeit vielen Jahren im Bereiche dieſer Republik wohnen, oft genug ſogar hier geboren ſind.

Nun gibt der mit Deutſch-Oeſterreich abgeſchloſſene Brünner Vertrag vom 21. März 1921 ſig. der Gef. u. Bdg. Nr. 107 dem größten Teile dieſer Perſonen die Möglichkeit, tſchechoſlowakiſche Staatsbürger in ſehr kurzer Zeit und ohne große Schwierigkeiten zu werden. Perſonen, welche am 10. März 1921 im Bereiche der tſchechoſlowakiſchen Republik ſeit mindestens zehn Jahren, alſo mindestens ſeit dem 18. März 1911 ihren Wohnſitz haben, können für die tſchechoſlowakiſche Republik optieren. Dieſe Option geſchieht durch Uebertragung eines mit einer ſtrone geſtempelten Geſuch bei der zutändigen politiſchen Bezirksverwaltung, kann aber auch durch Aufnahme eines Protokolles bei dieſer Behörde erfolgen.

Siebei ſind nachſtehende Dokumente vorzulegen:

1. ein Heimatiſchein jener Gemeinde, in welcher der Betreffende derzeit heimatunfähig iſt;
2. ein Taufſchein bzw. Geburtsſchein des Optanten; falls er verheiratet iſt, auch ein Trauungsſchein und falls Kinder vorhanden ſind, welche weniger als 18 Jahre alt ſind, die Tauf- bzw. Geburtsſcheine dieſer.

Weiters hat der Optant jene Gemeinde anzugeben, in welcher er nach erfolgter Option das Heimatsrecht erwirkt. Dieſes gilt die Vorſchrift des § 14 des Verfaſſungsgesetzes vom 9. April 1920 ſig. der Gef. u. Bdg. Nr. 236. Danach wird in erſter Linie jene Gemeinde die Heimatsgemeinde, die zuletzt die Heimatsgemeinde des ehelichen Vaters oder der unehelichen Mutter war; wenn eine ſolche Gemeinde im Bereiche der tſchechoſlowakiſchen Republik nicht vorhanden iſt, dann wird jene Gemeinde die Heimatsgemeinde, in welcher der Optant zuletzt ſeinen ordentlichen Wohnſitz hatte.

Für Perſonen, die mehr als 18 Jahre alt ſind, oder elternloſe Perſonen unter achtzehn Jahren, ferner für entmündigte oder unter vorläufiger Obſorge ſtehende Perſonen ſind die Geſuche von den geſetzlichen Vertretern zu überreichen.

Sehr wichtig iſt die Beſtimmung, daß dieſe Optionen bis 10. März 1922 ausgeübt werden müſſen.

Wir machen alle unſere Genossen und die Organisationen auf dieſe ungemein wichtigen Beſtimmungen aufmerkſam und fordern ſie auf, ſo ſoort daran zu gehen, um alle jenen hier in Frage kommenden Perſonen durch Ausübung der Option alle Rechte, die an die Staatsbürgerschaft geknüpft ſind, inſbeſondere das Wahlrecht zu verſchaffen.

Beſchloſſene Kampffront des reichsdeutſchen Proletariats.

Das Finanzprogramm der Arbeiterschaft. Berlin, 16. November. (Tſch. P. B.) Die Vorſtände des Allgemeinen deutſchen Gewerkschaftsbundes und des Aſa-Bundes fordern von der Reichsregierung und dem Reichstage zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen und zum Ausgleich des inneren Haushaltes des Reiches eine beſchleunigte Beſchlußfaſſung über folgende geſetzgeberiſche Maßnahmen: Beteiligung des Reiches an den Sachwerten; die Aktiengeſellſchaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen; Sozialiſierung des Kohlenbergbaues; Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, ſie in kürzeſter Zeit wiſchaftlich zu geſtalteten; ſchärfſte Erfaſſung der Exportdebiſen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle; Beſchränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige; Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfaſſung der Valutagewinne; beſchleunigte Einziehung des Reichsnotopfers; ſofortige Einziehung der biſherigen Steuern, inſbeſondere der Einkommensteuer; ſcharfe Bekämpfung der durch Debiſen- und Effektengeſchäfte erzielten Gewinne und Kontrolle der privatwiſchaftlichen Monopole. — Der „Vorwärts“ erklärt dazu: Die Forderungen der Gewerkschaften ſtellen Mindestforderung dar, an die ſich die ſozialiſtiſchen Parteien gebunden fühlen. Die „Rote Fahne“ ſagt unter der

Ueberschrift: „Beſchloſſene Kampffront des Proletariats“: Die kommuniſtiſche Partei iſt bereit, ihre ganze Kraft für die Erlämpfung dieſer Forderungen einzusetzen.

In einer kritiſchen Situation des deutſchen Reiches treten — ähnlich wie bei Kappuſch — die Vorſtände des Allgemeinen deutſchen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Jugendſtellenbundes mit einem Programm hervor, das die ſchwerſte politiſche Frage des deutſchen Reiches, die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, löſen ſoll. Es zeigt ſich, daß bei Aufſtellung konkreter Forderungen an den Staat die Kommuniſten nichts anderes tun können, als ſich dieſen Mindestforderungen der beiden ſozialdemokratiſchen Parteien deutſchlands anzuſchließen. Während in dem erſten Jahre nach dem Kriege die deutſche Arbeiterschaft durch fortwährende Spaltungen immer mehr geſchwächt wurde, ſehen jetzt die breiten Maſſen der arbeitenden Bevölkerung deutſchlands immer mehr ein, daß nur die Beſchloſſenheit der proletariſchen Kampffront dem Sozialismus Erfolg bringen kann. Der Ueberzeugung der deutſchen Arbeitermaſſen muß die deutſche kommuniſtiſche Partei inſofern Konzeſſionen machen, inſofern ſie ihr Einverständnis mit den ſozialdemokratiſchen Forderungen ausdrückt.

Die Konferenz von Washington.

Paris, 16. November. (Tſch. P. B.) Bertinaz ſchreibt dem „Echo de Paris“: Ueber dem Komitee von 50 Mitgliedern, das die maritimen Konventionen auszuarbeiten hat, über dem Komitee von 36 Mitgliedern, welches das Problem des Fernen Ostens löſen ſoll, und über den vielen Unterkommiſſionen, welche die Spezialfragen beraten werden, wird der Rat der fünf Regierungschefs herrſchen, analog dem berühmten Rat der Vier. Die engliſchen und die italieniſchen Delegierten ließen erkennen, daß ſie die Initiative zur Erörterung der Frage der Miſſionen zu Land ergrreifen würden, aber es wäre auch möglich, daß Briand es für opportun halten würde, ihnen zuvorzukommen, um den franzöſiſchen Standpunkt zu erläutern.

ſchläge berühren. Nachdem Balfour geendet hatte, hielt Admiral Kato in japaniſcher Sprache eine Rede, in der er ſagte: Japan würdigt in hohem Maße den amerikaniſchen Plan und iſt überzeugt, daß er den Nationen unſinnige Ausgaben ſparen und den Weltfrieden ſichern wird. Japan nimmt den Vorſchlag im Prinzip mit Freuden an. Es iſt beſchloſſen, zu einer radikalen Herabſetzung der Seerüſtungen zu ſchreiten. (Lebhafter Beifall). Natürlich wird man die Bedürfnisse der beſonderen territorialen Lage Japans in Rechnung ziehen müſſen; inſofern dieſes iſt eine genaue Prüfung des amerikaniſchen Planes notwendig. Japan, ſchloß Kato, hat niemals die Abſicht gehabt, Seestreitkräfte zu beſitzen, die denen der Vereinigten Staaten oder Englands gleichkommen. Es hat niemals die Vorbereitung einer Offensivlage im Auge gehabt. — Die Vorſchläge für den Erſatz der verſchiedenen Schiffstypen würden von den japaniſchen Marinefachverſtändigen genau geprüft werden, damit gewiſſe Abänderungen vorgeschlagen werden könnten, die von den amerikaniſchen und anderen Delegierten erwogen werden ſollen. Der Führer der italieniſchen Delegation, Schanzer, gab der Befriedigung der italieniſchen Delegation in einer kurzen Erklärung in italieniſcher Sprache Ausdruck, ohne auf die techniſchen Einzelheiten einzugehen. — Briand führte aus, daß die in Verhandlung ſtehenden Fragen vor allem die Großmächte intereſſierten. Frankreich ſteht dem Marineproblem nicht gleichgültig gegenüber. Der Krieg hat unſere Flotte betroffen, die ſchon viel ſchwächer iſt, als ſie ſein ſollte. Aber, ſagte Briand mit erhobener Stimme hinzu, es gibt noch ein anderes Problem. Die Debatte hier betrifft nicht nur eine Frage des Budgets, es handelt ſich um bedeutendere Fragen. Man muß wiſſen, wie die Völker zu einer Uebereinstimmung gelangen können, damit die Grundaſſen eines Krieges verſchieden werden. Wenn das Problem der Rüſtung zu Land, welches die Grundaſſe für Frankreich iſt, ſeinerzeit zur Verhandlung kommt und wenn ſich die Welt über die Stellungnahme Frankreichs unterrichtet haben wird, dann bin ich deſſen ſaſt ſicher, wird ſie gerechterweiſe anerkennen, daß Frankreich nur ein ausreichendes Heer aufrecht erhält und keine Hintergedanken hat.

Die Großmächte ſtimmen Hughes grundsätzliſch zu.

London, 15. November. (Wolff.) Aus Washington wird gemeldet: Balfour erklärte in ſeiner Antwort auf die Abrüſtungsvorſchläge der Vereinigten Staaten: Wir ſtimmen mit Jubel im Geiſte und im Grundſatze überein. Balfour nannte die Vorſchläge des Staatsſekretär Hughes ein großes geſchichtliches Ereignis für den Wiederaufbau der Welt. Er wies darauf hin, daß jede der Verbindungslinien des Vereinigten Königreiches feſt und unzertrennbar ſei. Kein Bürger des britiſchen Reiches könne vergeſſen, daß ſein Leben von den Seeverbindungen des britiſchen Reiches abhängt und daß er ohne dieſe Verbindungen nicht leben kann. Dieſe ſtrategiſche Schwäche iſt jedem, der darüber nachdenkt, klar. Sie iſt uns und unſeren Feinden bekannt und unſere Freunde dürfen ſie daher auch nicht vergeſſen. Balfour gab der Anſicht Ausdruck, daß die Vorſchläge betreffend das Verhältnis der Schlagschiffe der einzelnen Länder zu einander annähernd wäre und daß die Höhe der Einſchränkungen angemessen ſei. Er ſchlug vor, daß die Unterſeebootmaſſe vermindert und der Bau von großen Unterſeebooten unterſagt werde. Balfour ſchlug weiter vor, die Frage der Erſatzbauten und die Frage der Kreuzer, die nicht für Flottenaktionen erforderlich ſind, techniſchen Sachverſtändigen zur Erwägung zu überlaſſen, da dieſe Fragen nicht die hauptſächlichſten Richtlinien der amerikaniſchen Vor-

Keine Ruhe im Burgenland.

Gewaltakte der Banden. Wien, 16. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Geſtern ſind ungefähr 130 Banditen von Steinamanger aus auf burgenländiſchem Boden eingebrochen und nach Oberwart vorgezogen. Auch bei Stegerbach und Althau ſind neuerdings Banditen eingebrochen. In Eiſenſtadt haben die Banditen vor ihrem Abmarsch die Realschule völlig zerſtört und alles, was nur möglich war, verſchleppt. Bis auf den Dachstuhl und die Mauern iſt alles verſchwunden und es wird Mühe koſten, die Anſtalt wieder in Ordnung zu bringen.

Kriegszuſtand in der Ukraine.

Berlin, 15. November. Die Blätter berichten aus Riga: Die ſowjetukrainiſche Regierung hat den Kriegszuſtand über die ganze Ukraine und der Belagerungszuſtand über Riew verhängt.

Der Friede zwiſchen Faſchiſten und Sozialiſten aufgehoben.

Rom, 15. November. (N. S.) Der zwiſchen den Faſchiſten und Sozialiſten abgeſchloſſene Friedensvertrag wurde nach den Ereigniſſen in Rom aufgehoben.

Das deutſche Budget für 1921.

Berlin, 14. November. (Tſch. P. B.) Dem Reichsrat iſt der „Deutſchen Volkzeitung“ zuſolge nunmehr der Reichshaushaltsplan für 1921 zugegangen. Darnach betragen die Reichsausgaben einschließlich der Feſtbeiträge der Betriebsverwaltungen 181.763 Millionen Mark. Dem ſtehen an Einnahmen 71.728 Millionen Mark gegenüber; es bleibt alſo die Summe von 110.035 Millionen Mark ungedeckt, die durch Anleihen beſchafft werden muß.

Die deutſch-poſniſchen Wiſchaftsverhandlungen.

Bern, 16. November. (Schweiz. Dep. Ag.) Der Völkerverbundrat bezeichnede den früheren ſchweizeriſchen Bundesrat Colander als Vorſitzenden der Oberſchleſien betreffenden deutſch-poſniſchen Wiſchaftsverhandlungen, die in einigen Tagen in Genf beginnen.

Kleine Chronik.

Eine Brandkataſtrophe in Frankreich. Paris, 16. November. (Havas.) Die Textilbetriebe in Croix (Departement du Nord) wurden durch einen Brand vernichtet. Der Schaden beſteht auf 12 Millionen Franken. Einige hundert Arbeiter ſind arbeitslos.

Verhaftung weſtungarischer Aufſtändiſcher in Budapest. Budapest, 15. November. Heute um Mitternacht wurde hier das Hotel „Geller“ von einer unter Führung des Generals Soos ſtehenden Militärabteilung umſiegelt und alle unverantwortlichen Elemente verhaftet. Unter ihnen beſand ſich ein großer Teil weſtungarischer Aufſtändiſcher, welche ſich in der letzten Zeit nach Budapest geſücht und dort die Sicherheit bedroht hatten. Die jungen Perſonen, welche ſich kraſſer Handlung ſchuldig gemacht hatten, wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. Militär und Polizei nahm vereint die Abrüſtung der Aufſtändiſchen vor. Die Abrüſtungsaſtion hat heute ihr Ende genommen.

Ein Millionenſchmuggler in Wien verhaftet. Wien, 16. November. Geſtern früh wurde, wie die Korreſpondenz Wiſhelm meldet, im Wiener

Oſtbahnhof der Währinger Kaufmann Rog Sönig, zu Rew York geboren, angehalten, als er eben den Fernzug beſteigen wollte. Man fand bei ihm eine große Zahl ungefaſter Brillanten im Werte von 71 Millionen Kronen, die er ins Ausland ſchmuggeln wollte. König wurde der Finanzbeſtandſtelle zur Anſchuldung übergeben und von ihr zu einer Geldſtrafe von 14 Millionen verurteilt. Während ſeines kurzen Aufenthaltes in Wien hatte König nicht weniger als 20 Häuser zugekauft.

Volkswiſchaft und Sozialpolitik.

Spirituswucher. In den letzten Tagen war in ganz Prag kein Brennſpiritus zu haben, obwohl doch Spiritus in der Republik zum Ueberſchuß lagert. Nun wird es klar, warum die p. t. organiſierten Herren Kaufleute ihre Lager ſorgſam im Keller verſteckt hielten. Sie witterten höhere Preiſe. Vorgeſtern wurde die Preiserhöhung verkündet, die Preſſe ſind geradezu unfachbar hoch. Wir können nicht verſtehen, wieſo man der — ganz überflüſſigen — Spirituskommiſſion ſolch unerhörte Preiſe bewilligen konnte. Um viele hundert Kronen wurden die Preiſe erhöht, für die allerſchlechteſte Sorte, für Brennſpiritus allein um 300 Kronen pro Hektoliter. Koſtete biſher ein Liter Brennſpiritus 5.60 K, ſo wird er von nun ab 8.60 K koſten, ungeredet das Waſſer, durch welches er und der Gewinn vermehrt wird. Wir fragen die verantwortlichen Staatsſtellen: Worauf iſt dieſe Preiserhöhung zurückzuführen? Haben vielleicht die Spirituswucherer darauf verwieſen, daß ſie die Kartoffeln im Preiſe treiben müſſen, weil ſonſt die Gefahr beſteht, die Kartoffel könnten von den hungrigen Leuten ausgeſſen werden? Oder ſind vielleicht die 2 Prozent Umſaßsteuer ſchuld an den 50 Prozent, die aufgeschlagen werden? Darf der Staat die Preiserhöhung für Kartoffel und Spiritus auf dieſe Weiſe eſkompieren? Aufklärung tut not.

Der Wert der Krone. Es koſten: 100 holländ. Gulden 3298, 100 Mark 3600, 100 ſchweiz. Franken 1798, 100 Lire 390, 100 franz. Franken 691½, 1 Pfund Sterling 377, 1 Dollar 94½, 100 belg. Franken 678½, 100 Peſo 1267½, 100 Dinar 136½, 100 Lei —, 100 öſterr. Kronen 2.02½, 100 poln. Mark 3.07½, 100 ung. Kronen 11.02½ holl. Kronen.

Aus der Partei.

Eine Sitzung des leitenderen Gewerkschaftsrates fand am 12. November ſtatt und beſchäftigte ſich unter anderem mit dem Betriebsausſchuſſengeſetz, das am 1. Jänner 1922 in Kraft tritt, und mit der ſtaatl. Arbeitsloſenunterſtützung. Der Kartellbann Genoffe Bureſch erwärtete das Geſetz über die Betriebsausſchuſſe, das zwar unſere Forderungen nicht ganz entſpricht, das aber noch viel ſchlechter ausgefallen wäre, wenn ſich unſere ſozialdemokratiſchen Abgeordneten nicht mit aller Kraft für ſeine Verbeſſerung eingeſetzt hätten. Gäßen die Kommuniſten die Einheitsfront des Proletariats nicht geſchwächt, wäre ſicher ein günſtigeres Geſetz erreicht worden. Die Arbeiterschaft muß nun ungeſäumt die Vorarbeiten zur Beſtellung der Betriebsausſchuſſe treffen. Die Kreisgewerkschaftskommiſſion in Auſſig eröfnete daher auch die zweite Betriebsratſchule, um ſo die Vertrauensmänner bei ihrer Pflichterfüllung wirksam zu unterſtützen. Die einzelnen Organisationen müſſen daher eine genügende Anzahl von Hörern in die Betriebsratſchule entſenden. Der Beitrag beträgt 65 Kronen pro Hörer, welchen Betrag die Organisationen zu leiſten haben. Die hierauf abgeführte Debatte zeigte, daß die Vertrauensmänner

Wachstum des Aufſtandes in der Ukraine.

Wien, 16. November. Das Ukrainiſche Preßbüro meldet aus Lemberg: Die ukrainiſchen Aufſtändiſchen marſchieren in drei mächtigen Kolonnen auf die Stadt Kiew. Die Nordgruppe Janczenko hat Koronſtenj an der Bahnſtation Kiew-Kowel genommen und ſetzt ihren Vormarſch längs der Bahnſtation fort. Die Weſtgruppe, die ſogenannte Struſſgruppe, nähert ſich unter beſtändigen Kämpfen der Station Baſilow, 30 Werſt ſüdweſtlich von Kiew. Die Südgruppe unter der Führung der Führerin der Aufſtändigen Maruſja Solowka greift in der Richtung gegen Kanew die bolſchewiſkiſchen Verteidigungslinien am Dnjeprufer an. Kiew wurde von den Bolſchewiſten in aller Eile in den Verteidigungs-

zuſand geſetzt. Bei Bojarla, einige Werſt von Kiew, ſind Schützengräben ausgeworfen und Drahtverhaue errichtet. In der Stadt herrſcht eine große Panik. — Die Aufſtändiſchen des Generals Hulj haben in der Nacht vom 9. auf den 10. November nach kurzem Kampfe die Stadt Tirapol beſetzt. Die geſchlagenen roten Truppen ſtehen in der Richtung auf Odeſſa. Bei der Einnahme von Tirapol nahmen zum erſtenmal deutſche Koloniſten auf ukrainiſcher Seite an den Kämpfen teil. Die Verbindungen Kiews und Odeſſas ſind durch die Einnahme der Station Raſne auf der Bahnſtation Kiew-Odeſſa von den Aufſtändiſchen unterbrochen.

ner die Wichtigkeit der Betriebskassenschüsse erkannt haben. Das Gewerkschaftsforum beschloß, im Sinne der Vorschläge der Preisermittlungskommission zu handeln und beauftragte Genossen Burech, weiteres zu veranlassen. Dann besprach Genosse Burech das Arbeitslosenunterstützungsgezet vom 12. August 1921 und die Durchführungsverordnung zu diesem Gezet vom 19. September 1921 und stellte fest, daß das, was das Gezet den Arbeitslosen gewährt, die Durchführungsverordnung den Arbeitslosen wieder wegnimmt, sodas bei der praktischen Durchführung der Verordnung die Arbeitslosen, mit wenigen Ausnahmen, keinen Anspruch auf die staatliche Unterstützung haben. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat ganz einfach die Arbeiter jener Verorte, in denen häusliche Arbeitslosigkeit eintritt, als Saisonarbeiter erklärt und sie aus der Unterstützung ausschloßen. Das ist geradezu eine Hohnhand der Arbeitslosen. Das Gewerkschaftsforum sollte den Beschluß, an das Ministerium für soziale Fürsorge mit einer Einrede heranzutreten, in der die Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen gefordert und ferner verlangt wird, daß die Unterstützungsdauer auf Grund des § 3 des Gesetzes auf das ganze Jahr erstreckt wird.

Kunst und Wissen.

Künstlerabend des deutschen Arbeitervereines in Prag. Sonntag, den 20. November, findet um halb acht Uhr abends im großen Kantasaal ein Künstlerabend aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Deutschen Arbeitervereines in Prag

statt. Ein ganz besonders hervorragenbes Programm wird die Besucher erfreuen. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Die bekannte Violinvirtuosin Fräulein Amalie Barfeld, die Mitglied der Deutschen Landesoper Frau Susanne Niska-Göhl, Frau Pepi Kramer-Glädner, Herr Max Kriener, Herr Otto Soltan und Herr van dem Bruch. Es empfiehlt sich, die Eintrittskarten rechtzeitig zu besorgen. Karten erhältlich bei Optiker Deutsch, Graben.

Neues Deutsches Theater. Sonntags wird die Operette „Die Langgräfin“ von Robert Stolz zum ersten Mal aufgeführt.

Sonntag singt in Verdis „Aida“ Adolf Lehmann von der Staatsoper Dresden den Ahabames, Adi Almoslino die Amneris, Berta Klang in der Titellrolle.

Freitag Einakter-Abend: Schnitzlers „Komtesse Wizzi“, Burghards „Komtesse Clo“ und Restroys „Bosse“. „Fräulein Verhältnisse“ mit Willy Thaller, Pepi Glädner-Kramer und Direktor Kramer.

Heute Donnerstag „Der Bettler aus Singapur“.

„Der Marquis von Keith“ von Frank Wedekind, die nächste Neuheit des Schauspielrevue-Theaters, geht am Samstag, den 26. Nov., zum ersten Mal in Szene.

Zweite Arbeitervorstellung. Sonntag nachm. Nicolas komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ mit den Damen Gerhart, Medler, Sommer und den Herren Altstah, Kriener, Ludwig, Faber und Sterned. Karten zu 3-15, Logen von 25 bis 55 Kr. bei Optiker Deutsch, Graben 25.

Verleger:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Das Geständnis.“ Im Bio „Sanssouci“ (Mariengasse 34) läuft heute der Kolossalfilm „Jorro der Rächer“ zum letzten Male, um morgen von einem Filmweert abgelöst zu werden, das in seiner Art ganz anders, in seiner Wirkung den Eröffnungsfilm noch weit überholt. Es handelt sich um das Drama „Das Geständnis“, das wohl mit dem im Deutschen Theater so erfolgreich gegebenen gleichnamigen Schauspiel von Eibach Garick nicht identisch, doch im Stoffe und in der Art der Behandlung verwandt ist. Das außerordentlich packende Sujet ist in den Rahmen eines geistreichen Gekleidet, das ein vom Manne verurteiltes Weib, das ihn in einer heißen Aufwallung von aufgeregter Empörung tötet, vor dem Untersuchungsrichter ablegt. In der tragenden weiblichen Rolle bietet Maria A. eine Meisterleistung, in der sie alle Register ihrer vielfältigen und eindrucksvollen Darstellungskraft zu ziehen vermag. Kartenvorverkauf bei Frau Truhlar im Palais „Koruna“ und beim „Koschitz“ den ganzen Tag über, an der Biolassa im „Sanssouci“ von 9-20 Uhr ohne Unterbrechung. 328

Caras Sieg bei den Militärlieferungen. Während andere bei der Mobilisierung in den Lieferungs-Versammlungen hin und her verieten, ob sie die Schuhe zu K 250.— oder K 300.— abgeben sollen, hat Bat'a die Militärschuhe zu seinem alten Preis von K 174.50 per Paar offeriert. Die Firma hat sich bereit erklärt, Schuhe aus dem besten Material genau nach Militär-Vorschrift, ohne jede Begünstigung beim Material und Ausführung, zu liefern. Die Firma Bat'a stellte sich auf den richtigen Standpunkt, lieber billige Schuhe unserer Armee zu liefern, als frei an das Ausland abzugeben. Hierdurch wurden der Armeeleitung viele Millionen erspart. 326

Die Böhmisches Kommerzbank erhöht das Aktienkapital von 50 Millionen auf 75 Millionen Kronen.

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celestna ul. 35, vis-à-vis dem Obecní dum. Telephon 2871. 107

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Slogowski & Comp., Prag, I., Celestna ul. 35, 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefeststellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

Junge,
bei Dir komme ich nicht
aus den Sorgen;

schon wieder hast Du die unlängst
gekauften Schuhe zerrissen!

Ja, Mutter, da mußt Du mir die

BATA-SCHUHE

kaufen, die zerreiße ich nicht,
auch wenn ich die ganzen Tage laufen
werde, und es

kostet Dich weniger

als bei anderen Schuhen. 325

Bei den Knabenschuhen
erproben Sie am besten die
Dauerhaftigkeit der Schuhe.

Christbaumschmuck

für Händler, aus Glas, Schmelz
masse, nur Neuheiten, direkt vom
Erzeugerort, daher billigste
Preise, liefert in Musterpaketen
von 100 Kronen aufwärts gegen
Nachnahme. 319
Richard Werner, Schlag
Nr. 71 III, bei Gablons a. N.

Mehlwürmer

per Schock 2 Kč liefert
nur per Nachnahme nicht
unter 10 Schock Josef
Hampf in Neusattl
531, b. Elbogen. 24

Kanalfasse, Intelle, Matratzen

Gradl und Damaste,
für Inland u. Export
liefert billigst Hrono-
ver Erzeugung von
Lelnen- und Baum-
wollwaren 58

Viktor Prager,
Prag-II., Truhlářská
ul. Nr. 21, nächst
Repräsentationshaus
Telefon 2252

Für Interesse verlangt es, dass Sie sich
meine interessantesten u. lehrreichen Broschü-
ren kommen lassen. Dieselben enthalten eine
reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Ar-
tikel, sowie wichtiger Gebrauchartikel für
jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret
gegen Einsendung von Kč 2,- in bar. Versandge-
schäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf,
Schlesien. 321

F. ŠTASTNÝ, Spediteur, Prag

Václavské nám. 57.
Spedition aller Art, Verzollungen
eigene grosse Lagerräume
Möbeltransport per Bahn und
Achse ohne Umladung. ::
Spediteure der „Grossolokoupsogesellschaft“ Prag.

Böhmisches Kommerzbank.

Kundmachung.

In der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Böhmisches Kommerzbank vom 30. Juni 1921 wurde der Beschluß gefaßt, das

Aktienkapital von 50 Millionen Kč

durch Ausgabe von 125.000 auf den Inhaber lautenden Aktien im Nominalbetrage von je Kč 200.— mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1921

auf 75 Millionen Kč zu erhöhen

Die Beschlußfassung über die näheren Modalitäten, den Zeitpunkt und Emissionskurs wurde dem Verwaltungsrate überlassen.

In Gemäßheit dieser Beschlüsse wird nunmehr auf Grund der Bewilligung des Ministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Finanz- und Handelsministerium

- a) den bisherigen Aktionären das Bezugsrecht im Verhältnisse von je zwei alten zu einer neuen Aktie zum Kurse von Kč 250.— nebst 5% Zinsen vom Nominalbetrage per Kč 200.— ab 1. Juli 1921 bis zum Zahlungstage angeboten. Ferner werden
- b) an neue Aktionäre im Rahmen der aus der beschlossenen Kapitalerhöhung zur Verfügung stehenden Stücke neue Aktien zum Kurse von Kč 300.— für eine Aktie nebst 5% Zinsen vom Nominalbetrage per Kč 200.— ab 1. Juli 1921 bis zum Zahlungstage im Subskriptionswege überlassen.

Die Anmeldung des Bezugsrechtes bzw. die Zeichnung auf die neuen Aktien hat vom 18. November bis einschließlich 3. Dezember 1921

während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen: bei der Liquidatur der Böhmisches Kommerzbank, Prag, Příkopy 6, sowie bei deren Niederlassungen in Bratislava, Brünn, Böh. Kamenitz, Böh. Leipa, Gablonz, Königgrätz, Leitmeritz, Währ. Schönberg, Reutischtein, Pardubitz, Pilsen, Prohnik, Reichenberg, Tachau, Tepliz, Zwittau und der Expositur Prag III., in Oesterreich bei der Bank- und Wechselstuben-Aktien-Gesellschaft „Mercur“, Wien, sowie deren Niederlassungen.

Zur Geltendmachung dieses Bezugsrechtes sind den vorgenannten Zeichnungstellen von den bisherigen Aktionären innerhalb der vorgeschriebenen Frist Anmeldebüchlein, die dort erhältlich sind, entsprechend ausgefüllt und unterfertigt, zu übergeben.

Neue Aktionäre haben ihre Anmeldungen ebenfalls innerhalb der vorerwähnten Frist unter Benützung entsprechender Formulare, die bei den vorgenannten Anmeldestellen aufliegen, durch diese Anmeldestellen vorzunehmen. Die Zuteilung der auf die eingebrachten Anmeldungen entfallenden neuen Aktien erfolgt nach Ablauf der Subskriptionsfrist, wobei sich der Verwaltungsrat das Ausmaß der Zuteilung vorbehält.

Gleichzeitig mit der Anmeldung des Bezugsrechtes sind für jede zu beziehende neue Aktie Kč 250.— nebst 5% Zinsen vom Nominalbetrage per Kč 200.— für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis zum Anmeldungstage in Barem zu erlegen, worüber Bestätigung erteilt wird.

Jeder Aktionär, welcher sein Bezugsrecht innerhalb des obigen Termines und in der vorerwähnten Weise nicht ausübt, wird des Bezugsrechtes verlustig.

Neue Aktionäre haben gleichzeitig mit der Anmeldung für jede zu subskribierende Aktie den Betrag von Kč 300.— nebst 5% Zinsen vom Nominalbetrage per Kč 200.— für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis zum Anmeldungstage gegen Bestätigung in der vorerwähnten Weise in Barem zu erlegen. Der erlegte Betrag wird nach Zuteilung der auf die Subskription entfallenden neuen Aktien in der Weise verrechnet, daß ein eventueller Ueber- schuß dem Subskribenten an der Kassa der Anmeldestelle zur Verfügung gestellt wird.

Die Ausgabe der Stücke erfolgt gegen Rückstellung der Bestätigung über die geleistete Zahlung sofort nach Fertigstellung bei der jeweiligen Anmeldestelle.

Prag, am 18. November 1921.

329

Der Verwaltungsrat der
Böhmisches Kommerzbank.

BERSON GUMMIABSATZE
BILLIGER ALS LEINER